

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **5426**

B Rep. 057-01

LEITZ

Leitz

S 4

66-85

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 5426



66

Der Politische Polizeikommandeur der Länder.
Preussische Geheime Staatspolizei
Der stellvertretende Chef und Inspekteur
B.Nr. 122/35 I D.

Reinhardt
Berlin, den 11. Mai 1935 *174*

Betrifft: Arbeitstagung am 23. und 24. 5. 1935

Am 23. und 24. 5. 1935 findet im Hörsaal des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin eine Arbeitstagung statt, an der teilnehmen:

die Leiter der preussischen Staatspolizeistellen,
die Leiter der ausserpreussischen Politischen Polizeien,
die SD-Oberabschnittsführer und SD-Abschnittsführer,
die Referenten des Geheimen Staatspolizeiamts und des Sicherheitshauptamts.

Tagungsplan:

23. 5. 1935:

Sachgebiet: Grenzpolizei.

9,00 Uhr: Ansprache des Leiters des Gestapa

9,30 " : Die Ostgrenze

a) Ostpreussen: Stapoleiter Königsberg

b) Schlesien: SD-O.A.-Führer Süd-Ost.

10,30 " : Die Westgrenze

Stapoleiter Aachen

Stapoleiter Saarbrücken

Leiter des Gestapa Baden.

12,00 " : Die Grenze mit Österreich und Tschechien

Stellv. Leiter der B.P.P.

Vertreter des Gestapa

Sachsen.

624



Григорьев -

175

13,00 Uhr: Abwehrarbeit an der Grenze

ORR. Dr. Patschowsky

oder Sachbearbeiter der Abt. III

- 14,00 " Essen im SS-Kasino
16,00 " Aussprache über Grenzpolizei
20,00 " Theaterbesuch.

24.5.1935:

Sachgebiete: Kommunismus, Politischer Katholizismus.

- 9,00 " Stand der Bekämpfung des Kommunismus

SS-Hstuf. Müller

- 11,00 " Aussprache

- 12,00 " Ermittlungsergebnis der Aktion gegen Klöster
und Geistliche wegen Devisenschlebung

Ass. Dr. Hartmann

- 13,00 " Aussprache

- 14,00 " Essen im SS-Kasino

- 16,00 " Der gegenwärtige Stand des weltanschaulichen
Kampfes in Deutschland und der Welt
Alfred Rosenberg.

Schlußwort des RFSS.

Soweit möglich, sollen die Sachbearbeiter der Abwehr-
(Grenz) Angelegenheiten, der kommunistischen Bewegung und
der Kirchenangelegenheiten an der Arbeitstagung teilnehmen.
Die Namen der Teilnehmer sind bis 20.5.1935 hierher zu mel-
den. Soweit Berechtigung zum Tragen eines Dienstanzuges
besteht, ist dieser anzulegen.

Die für den Fragenkomplex Ostgrenze bzw. Westgrenze
vorgesehenen Referenten ersuche ich, sofort jeweils mit-
einander Fühlung zu nehmen, damit der Umfang der Vorträge
sich in die festgesetzten Zeitabschnitte im wesentlichen
einfügt.

Im Auftrage:

gez.: Dr. Best.



Beglaubigt:
[Signature]
Kanzleiangehörige.

625



Трудовой.

67

927



68

Oberkommando der Wehrmacht
Nr. 22 24. 13e Kriegsgef. Allg. (III)
Nr. 6766/43

Berlin, d. 16. Juli 1943

Der RFH u. Chef d. Deutsch. Polizei	
Der Chef der Sicherheitspolizei u. des SD	
19. 7. 1943 -	3
Anl.:	
Anl.:	501

An
Frau Gisela Heits
Berlin-Oranienburg
Erbacherstr. 9

Betr.: Postverbindung mit deutschen Kriegsgefangenen in UdSSR.
2 Anlagen

Ihre mündliche Anfrage bei der Abt. Abw III (H) wurde der Abteilung, Chef des Kriegsgefangenenwesens, Allgemein, zur zuständigen Erledigung übermittelt.

Den Angehörigen, die eine schriftliche Nachricht von einem Kriegsgefangenen in UdSSR erhalten haben, wird empfohlen, einen Versuch zu machen, durch eine Antwort mit dem Kriegsgefangenen in Verbindung zu bleiben, obgleich irgendwelche Abmachungen über den Postverkehr mit der Sowjetunion wegen deren völlig ablehnenden Haltung zu allen Fragen des Kriegsgefangenenwesens nicht zustande gekommen sind. Die Antwortpost wollen Sie in beiliegendem Umschlag an die Wehrmachtsauskunftsstelle für Kriegsverluste und Kriegsgefangene, Berlin W 30, Hohenstaufenstr. 47/48, richten, die die Weiterleitung veranlassen wird.

Bisher konnte noch in keinem Falle festgestellt werden, dass diese Antwortpost die Kriegsgefangenen in UdSSR erreicht hat. Solange nicht nachweisbar ist, dass die Briefpost die Kriegsgefangenen in UdSSR erreicht, muss davon abgesehen werden, Paketsendungen an sie weiter zu befördern, um den Verlust etwa wertvoller Gegenstände zu vermeiden.

Da der Inhalt des Schreibens Ihres Gatten für die Beurteilung der allgemeinen Lage der deutschen Kriegsgefangenen in UdSSR von Interesse ist, darf um Übersendung eines Auszuges aus dem Brief, den Sie erhalten haben, gebeten werden.

In der Anlage wird der von Ihnen übergebene Briefumschlag nach Kenntnisnahme zurückgereicht.

Geheimlich!

Sicherheitschefsamt
Herrn Kriminaldirektor LINDOW
Entwicklungstab 6. Armee Afrika
Abw. III (H) unter Bezugnahme auf dort. Schreiben
14. Juli 1943 Nr. 01358/43 (IIII)

A S T

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage

Handwritten signatures and notes:
ATL: ...
32. ...
14.7.43

63



Трудовой-

O K W

57

2. 2 f24. 30 Kriegsgef. Allg. III

3. Sept. 1943

Nr. 3684/43 G.

An

Wehrmachtsauskunftsstelle

S a a l f e l d / Saale

Nachr.: Abw III (H)
Reichssicherheitshauptamt
Kriminaldirektor Lindow
Berlin

Betrifft: Antwortpostkarte der Angehörigen an deutsche Kgf.
in UdSSR.

Nach der bisher gegebenen Anweisung können nur diejenigen Angehörigen in Deutschland, die Post von einem Kgf. aus UdSSR erhalten haben, diesem wieder schreiben, wobei die Antwortpost über die Wast zu leiten ist.

Chef AWA hat auf Grund eines vorliegenden Einzelfalles (Kgf. Lt. Albert Graf Reehberg - Wast Nr. Ref. VI/613./10.8. an Baronin Pia von Fürstenberg) entschieden, dass Antwortpost von Angehörigen der Kgf. in UdSSR bei der Wast auch dann anzunehmen ist, wenn (wie im vorliegenden Falle) der Nachweis erbracht ist, dass eine Nachricht des Kgf. bei Verwandten oder Bekannten im neutralen Ausland eingegangen ist.

Künftig ist nach dieser Anweisung zu verfahren. Baronin Pia von Fürstenberg wird von hier aus verständigt, dass sie die Antwortpost nochmals bei der Wast vorlegen soll.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage

639



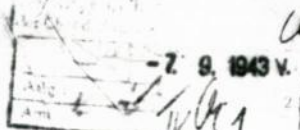
Tyrasuf.

OKW

IS. 2 f 24. 35a Kriegser. Allg. III

58 3. Sept. 1943

Nr. 8888/43



An

Baronin Pia von Fürstenberg

Donzdorf / Württemberg

11. - 9. Sep. 1943

Bezug: Ihr Schreiben vom 30.8.43 an Major Clemens.

Die Wehrmachtsauskunftsstelle hat die von Ihnen vorgelegte Antwortpost für den Kgf. Lt. Albert Graf Rechberg, Kgf.-Lager 74 UdSSR, offenbar deshalb nicht zur Weiterbeförderung angenommen, da nicht bekannt war, dass eine schriftliche Nachricht des Kgf. die an Bekannte in der Schweiz gerichtet war, vorlag.

Die Wehrmachtsauskunftsstelle ist nunmehr von hier aus über den Vorgänge verständigt und angewiesen worden, Ihre Antwortpost zur Weiterbeförderung anzunehmen.

Sie werden daher gebeten, das Antwortschreiben nochmals der Wehrmachtsauskunftsstelle, Saalfeld / Salle, zuzuleiten.

Der Chef des Oberkommando der Wehrmacht

Im Auftrage

Handwritten signature

nachr.:

- 1.) Wast
- 2.) Reichssicherheitshauptamt
Kriminaldirektor Lindow

Berlin SW 11, Prinz Albrecht Str. 8

22/



Oberkommando der Wehrmacht

Nr. 21 24. 30 Kriegsgef.Allg.(III)

(Bitte in der Antwort vorliegendes Gefälligstigen,
das Datum und kurzen Inhalt anzugeben)

Nr. 2857/43 g

Berlin-Schöneberg 1, den
Badische Straße 51
Fernsprecher: 71 2594

27. Juli 1943

An

Reichssicherheitshauptamt - z.Hd. Herrn Krim.Dir. L i n d o w

B e r l i n

Prinz Albrechtstr. 8

Betr.: Deutsche Kriegsgefangene in UdSSR.

5 Anlagen

- 1.) Anliegend wird Brief der Gattin des Generalfeldmarschall P a u l u s an Madame Cortesa Draganoff, Kgl. Bulgarische Gesandtschaft, Madrid, übersandt, in dem die Genannte gebeten wird, von Spanien aus Nachrichten an den Generalfeldmarschall zu geben.
- 2.) Ferner wird ein Brief der Frau Irmgard Pfeffer an General Max P f e f f e r, UdSSR, Gefangenenlager 27, der von der Auslandsbriefprüfstelle abgefangen wurde, übersandt.
- 3.) Aus einem ebenfalls beigelegten Schreiben aus Irland an die Comtesse Dohna, Schloss Bukow, ist erwähnenswert die Behauptung, dass das Irische Rote Kreuz die Auskunft gegeben habe, dass es in der Lage wäre, Briefe nach Russland zu vermitteln.
- 4.) Aus dem ebenfalls in der Anlage beigelegten Brief des Herrn Heinrich G i l l aus Miehlen im Taunus geht hervor, dass auch der Weg über das besetzte Frankreich benutzt wird, um Nachrichten über Kriegsgefangene in Russland zu erhalten oder um Nachrichten aus Russland nach Deutschland weiterzugeben.
- 5.) Aus einem in Fotokopie anliegenden Schreiben aus Budapest nach der Schweiz geht hervor, dass auch dieser Vermittlungsweg von deutschen Angehörigen der Kriegsgefangenen verwechselt wird, Nachrichten zu erhalten, wobei sogar eine Tarnung der Antwort durch bestimmte Redewendungen vorgesehen wird.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage

[Signature]

88

TVAd

28/7/43

*12.8.43
für Pfeffer
2. Brief
4. Brief*

*1. Brief
2. Brief
3. Brief*

*4. Brief
5. Brief
6. Brief
7. Brief
8. Brief
9. Brief
10. Brief*

*11. Brief
12. Brief
13. Brief
14. Brief
15. Brief
16. Brief
17. Brief
18. Brief
19. Brief
20. Brief*

644



Oberkommando der Wehrmacht

Berlin-Schöneberg 1, den 17. November 1943
Badensche Straße 51
Fernsprecher: 71 2594

Az. 2f 24. 35e Kriegsgef.Allg.(III)

(Bitte in der Klammer vorstehendes Gefälligkeitszeichen,
das Datum und kurzen Inhalt anzugeben)

Von Hand zu Hand
nicht über Registratur.

An

Reichssicherheitshauptamt z.Hd. Herrn Krim.Dir. L i n d o w
B e r l i n
Prinz Albrechtstr.

Betr.: Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland.

3 Anlagen

Anliegend werden zwei Briefe aus Deutschland, die an deutsche Kriegsgefangene in Amerika bzw. England gerichtet sind, übersandt. In den Briefen wird darauf hingewiesen, dass über der Ostfront Flugblätter abgeworfen werden, in denen die Namen von deutschen Kriegsgefangenen enthalten sind.

Weiterhin wird eine Postkarte beigelegt, die von einem deutschen Kriegsgefangenen in einem englischen Lager in Middle East an einen deutschen Kriegsgefangenen in Russland, Lager Nr. 75 gerichtet ist. Es besteht mithin auch zwischen den deutschen Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern ein Nachrichtenaustausch. Die Karte hat nur durch Zufall Deutschland berührt.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Im Auftrage

[Signature]

*Von Leipzig nach
Büro anständig z. Hg.
von postweise und jährgg
2. Hal. jährgg*

646



69

Berlin, den 12.5.1937.

Wi./Hrt.

Geheime Kommandosache!B e r i c h t .

Betr.: Einmischung der amerikanischen Staatsregierung in inner-
deutsche Angelegenheiten zu Gunsten jüdischer Interessen.

Die vorliegenden Mitteilungen aus glaubwürdiger Quelle zeigen die Einmischung der ausländischen Presse und der amerikanischen Staatsregierung in innerdeutsche Angelegenheiten. Sie erweisen zudem klar den starken jüdischen Einfluss auf die amerikanische Staatsregierung. Es handelt sich um die folgenden Vorgänge:

1. Der Fall Helmut Hirsch.

Durch Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofes wurde am 8.3.1937 der Jude Helmut Hirsch wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Sprengstoffverbrechens zum Tode verurteilt. Der Tatbestand, auf Grund dessen Hirsch verurteilt wurde ist hier nicht genau bekannt, er spielt in der Beweisführung auch keine Rolle. Die ausländische Presse vermutete, dass es sich um einen Attentatsversuch gegen das Leben des Führers gehandelt habe.

Die Tatsache der Verurteilung des Hirsch wurde in der deutschen Presse kurz vermerkt. Bald nach Bekanntwerden des Urteils setzt ein lebhaftes Interesse der Auslandspresse an dem "Fall" Helmut Hirsch ein. Die Mitteilungen aus glaubwürdiger Quelle geben über dieses lebhafte Interesse der Auslandspresse ein einigermaßen klares Bild. Auf Betreiben der Verwandten des Hirsch und der jüdischen Hetz- und Greuelzentralen in den Vereinigten Staaten griff die amerikanische Staatsregierung den Fall auf, und zwar, weil Hirsch angeb-

647



Դրամբ-

23.

lich amerikanischer Staatsbürger sei. Die von der amerikanischen Botschaft und den Generalkonsulaten geführten Nachforschungen ergaben, dass Hirsch's Staatsangehörigkeit zweifelhaft ist. Der Grossvater des Hirsch hat die amerikanische Staatsangehörigkeit besessen. Der Vater des Hirsch hat Amerika verlassen und dann in der CSR. und Stuttgart gelebt. Hirsch selbst ist nicht in Amerika geboren. Trotz dieser Unklarheit über die Staatsangehörigkeit des Hirsch stellte sich das State-Departement auf den Standpunkt, dass Hirsch amerikanischer Staatsbürger sei und leitete dementsprechende Schritte beim Reichsjustizministerium ein. Es sollte versucht werden, die Todesstrafe in eine Gefängnisstrafe umzuwandeln.

Ausser dieser offiziellen Aktion der amerikanischen Regierung wandte sich die Mutter des Hirsch am 20.4. an die britische Botschaft in Berlin mit der Bitte, der englische Abgeordnete Lansbury, der in offizieller Mission beim Führer weilte, solle sich für eine Begnadigung des Hirsch verwenden.

Am aufschlussreichsten über die Hintergründe des Eingreifens der amerikanischen Regierung ist jedoch die Unterredung des INS-Vertreters Huss mit dem amerikanischen Botschaftsrat Mayer in Berlin. Huss fragte den Botschaftsrat, ob die Angelegenheit durch die Propaganda der amerikanischen Presse ins Rollen gekommen sei. Als der Botschaftsrat dies verneinte, erklärte Huss, dass nach seiner Information ein Rechtsanwalt Kohn und Samuel Untermyr, der Präsident der Anti-Nazi-Liga, die Angelegenheit beim Staatsdepartement ins Rollen gebracht habe. Mayer erklärte daraufhin, darüber nichts zu wissen. Er bat jedoch Huss, dass die Presse die notwendige Zurückhaltung in dem Fall Hirsch bewahre, denn wenn die Presse ein Geheul anstimme, würden die deutschen Regierungsstellen ausserst hartnäckig werden. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs für Ausseres, Hull, hat der Rechtsbeistand der Familie Hirsch versichert, dass die Verwandten und die "Freunde" von Hirsch alles tun würden, um eine übermässige Aufbausung des Falles in der amerikanischen Öffentlichkeit zu vermeiden.

Aus dem vorliegenden Material zum Fall Hirsch ist zu ersehen, dass die jüdischen Greuel- und Boykott-Organisationen der Vereinigten Staaten mit offiziellen Staatsstel-

649



80
24.

len eng zusammenarbeiten. Erläutert wird diese Zusammenarbeit noch durch die vorliegenden Mitteilungen aus glaubwürdiger Quelle über das Betätigungsverbot der jüdischen Organisationen und die Auflösung des Unabhängigen Ordens Bne Brith.

2. Das Verbot jüd. Versammlungen und die Auflösung des U.O.B.J

Am 10.4.37 trat als Vergeltungsmassnahme gegen die jüdische Greuelpropaganda ein zweimonatiges Betätigungsverbot für die jüdisch-politischen Organisationen in Deutschland in Kraft. Am 19.4.1937 wurde als weitere Massnahme der U.O.B.B. für das gesamte deutsche Reichsgebiet verboten und aufgelöst.

Mit dem Betätigungsverbot für die Juden in Deutschland haben sich naturgemäss die ausländischen Pressevertreter befasst. Dabei ist interessant, dass die United Press diese Massnahme als Vergeltungsmassnahme gegen die Unverschämtheiten des Juden La Guardia gedeutet hat.

Auch die Auflösung des U.O.B.B. wird von einigen ausländischen Pressevertretern als Vergeltungsmassnahme gegen La Guardia gedeutet. (News Chronicle) Die offizielle, vom Propagandaministerium herausgegebene Begründung, der U.O.B.B. habe Devisenvergehen begangen, wird ebenfalls einige Male erwähnt.

Die Verbindung der Juden zur amerikanischen Staatsregierung zeigte eine Anfrage des amerikanischen Staatssekretärs Hull an die Botschaft in Berlin, worin er um Bericht ersuchte, welche Stellung die deutsche Presse zur Auflösung des U.O.B.B. eingenommen habe. Auf diese Anfrage teilte der amerikanische Generalkonsul in Berlin kurz die Vermögenslage der von der Beschlagnahme betroffenen Bne Brith-Logen mit. Daraufhin wandte sich am 26.4. der Staatssekretär Hull nochmals an die Botschaft und verlangte Auskunft, ob etwa das Verbot der Bne Brith eine Vergeltungsmassnahme gegen die La Guardia-Hetze darstelle, oder ob mit einer generellen Verschärfung der Judenpolitik der deutschen Regierung zu rechnen sei.

Dieses Interesse der amerikanischen Regierung steht im Einklang mit einer Erklärung des Präsidenten des Exekutiv-Komitees des U.O.B.B., Alfred M. Cohen, in Cincinnati, dass er alles versuchen werde, um die deutsche Regierung zur

51



Трачук

25

Zurücknahme der Auflösung des U.O.B.B. zu veranlassen. Diese Meldung ist in verschiedenen jüdischen Zeitungen des Auslandes veröffentlicht worden. Dass zwischen dem U.O.B.B. und der amerikanischen Regierung gute Beziehungen bestehen, haben die anlässlich der U.O.B.B.-Aktion vernommenen Funktionäre zugegeben, die sogar erklärt haben, dass aus diesem Grunde der U.O.B.B. seine Zentrale von Cincinnati nach Washington verlegen werde.

SS-Untersturmführer.

Vfg.

I. An Stbf. m.d.B. um Entscheidung über Vorlage bei C.

Stbf. I 1 II 1 II 11 II 112

654



70

der Sicherheitspolizei
und des SD

IV - 280/42 Geheim

340 239
f
BE1
Berlin, den 30.V.1942
M h

Betrifft:

Einsetzung einer Verbindungsstelle
des Reichsluftfahrtministeriums
- Forschungsamt beim Reichssicher-
heitshauptamt.

Mit Wirkung vom 1.5.1942 ist auf meinen Wunsch von dem
Reichsluftfahrtministerium - Forschungsamt (FA) eine Verbin-
dungsstelle beim Reichssicherheitshauptamt (VSt-RSHA) ein-
gerichtet worden.

Ich erwarte mir von dieser Maßnahme eine weit stärkere
Einspannung des FA mit seinen umfangreichen Möglichkeiten
auf den verschiedenen Gebieten der technischen Nachrichten -
Überwachung für die Zwecke des RSHA. Auf der anderen Seite
soll durch enge Fühlungnahme mit VSt-RSHA in gemeinsamen
Bearbeitungsfragen eine nutzbringende Anregung für das FA
gewonnen werden.

Der Geschäftsverkehr zwischen den Dienststellen des
RSHA und der VSt.-RSHA regelt sich in folgender Form:

- Er
- 1) Der bisher auf dem Gebiete der Tü grundsätzlich von
IV A 4 wahrgenommene Geschäftsverkehr zwischen dem
RSHA und dem Forschungsamt fällt ab jetzt in das
Arbeitsgebiet von VSt-RSHA.



Alle Ueberwachungsanträge und hiernit in Zusammenhang stehende Rückfragen, Verpflichtungsanträge usw. sind somit von jetzt ab unmittelbar an VSt-RSHA zu richten.

Aufgabe von VSt-RSHA wird es künftighin in erster Linie sein, bei den vom RSHA beantragten TUs für einen schnellen und zweckentsprechenden Ansatz sowie eine umfassende Auswertung der anfallenden Ueberwachungsergebnisse durch das FA zu sorgen. Um dies zu erreichen, sind alle Ämter des RSHA gehalten, engste Verbindung mit der VSt zu halten.

Die durch Einsetzung von VSt-RSHA erleichterte Verkehrsmöglichkeit mit dem FA gestattet auch ein schnelles Beschaffen von Zusammenstellungen aus dem umfangreichen Archivmaterial des FA. Bei einer entsprechenden Ausnutzung werden sich hier des Öfteren wertvolle Unterlagen oder Ergänzungen zu laufenden staatspolizeilichen Bearbeitungsfällen heranziehen lassen.

Die VSt-RSHA steht unter der Leitung des 4-Stubaf, Regierungsrat S c h o l z; der Dienstsitz von VSt-RSHA befindet sich im Hauptgebäude des Reichssicherheitshauptamtes, Prinz Albrechtstr. 8, 3. Stock, Zimmer 347/348, Fernspr. intern: 344, Post: 187.

Der Leiter der VSt-RSHA wird im Laufe der nächsten Zeit

659



342 341

- 3 -

den in Frage kommenden Dienststellen Fühlung nehmen,
die Möglichkeiten einer umfassenden Ausnutzung der
Tätigkeit für die Zwecke des RSHA darzulegen und die
falls nützlich erscheinende Form der künftigen Zu-
sammenarbeit in die Wege zu leiten.

Beauftragter:

Stantur RFW (Major Suchanek u. %-Hauptstuf.
Schlein)

Stantur Chef d. Sicherheitspolizei u. d. SD

Antschers

Gruppenleiter

Referenten

} des Reichssicherheitshauptamtes

J.V.

Gez. M ü l l e r



102



71

Stabskanzlei

I 1114

3 - 33

Gha / Ld

Berlin, den

25. Juli 1938

Ami III	Abgeleitet	Anlagen
7712	26. JULI 1938	
FHA 9 a - 87 - 8		

An die

SD-Führer aller H-Oberabschnitte,
alle Zentralabteilungsleiter im SD-Hauptamt.

=====

Betrifft: Versetzung der aus dem Altreich nach dem
SD-OA Donau kommandierten Mitarbeiter.

Mit Wirkung vom 1. August 1938 werden die nachstehen-
den SD-Angehörigen von ihren bisherigen Dienststellen
zum SD-Führer des H-Oberabschnittes Donau versetzt
bzw. in ihren dortigen Dienststellungen beauftragt:

H-U'Stuf. Hoth	Abt.Ltr. I 1	im OA
H-O'Scharf. Mayr	Ref. I 123	"
H-O'Scharf. Höfler	Ref. in I 123	"
H-OStuf. Kimschke	Ref. I 13 m.d.W.d.G.b.	"
H-H'Stuf. Krausse	Ref. I 14	"
H-U'Stuf. Heinrich	Bearbeiter in II 32	"
H-O'Scharf. Blyth	Ref. I 31 Planstelle O'Stuf.	"
H-U'Stuf. Gutwasser	Abt.Ltr. I 4 in der vorläufigen Dienststel- lung eines Referenten	"
H-O'Stuf. Polte	H'Abt.Ltr. II	"
H-O'Stuf. Gahrman	Abt.Ltr. II 11	"
H-O'Scharf. Schröder	Ref. II 111	"
H-U'Stuf. Eichmann	Ref. II 112	"
H-Scharf. Nötenberg	Ref. II 113	"
H-U'Stuf. Pfeiffer	Abt.Ltr. II 12	"
H-H'Scharf. Kronberger	Ref. II 122	"
H-U'Scharf. Brands	Ref. II 123	"
H-Stuf. Lapper	H'Abt.Ltr. III	"
H-H'Stuf. Hoffmann	Abt.Ltr. III 21	"
H-H'Scharf. Schrems	Ref. III 213 in der vorläufigen Dienststel- lung eines H'Scharf.	"

664

Трактат-



W-H'Scharf. Donaubaueer	Abt.Ltr. III 22 in der vorläufigen Dienststellung eines Referenten	im OA
W-H'Scharf. Boss	Ref. III 221 in der vorläufigen Dienststellung eines H'Scharf.	"
W-O'Scharf. Becker	Hilfskraft in I	"
W-O'Scharf. Belz	Hilfskraft in I	"
W-O'Scharf. Huber	Hilfskraft in I	"
W-O'Scharf. Schnitger	Hilfskraft in I	"
W-O'Scharf. Scholze	Hilfskraft in I	"
W-U'Scharf. Lützelberger	Hilfskraft in I	"
W-Rottf. Manigel	Hilfskraft in I	"
W-Rottf. Zarka	Hilfskraft in I	"
W-Rottf. Neiss	Hilfskraft in I 123	"
W-H'Scharf. Höpping (Funker)	Hilfskraft in I 14	"
W-Scharf. Schalko (Funker)	Hilfskraft in I 14	"
W-U'Scharf. Lassnig (Kraftfahrer)	Hilfskr. in I 151	"
W-H'Scharf. Jaskola	Hilfskraft in I 4	"
W-O'Scharf. Bögner	Hilfskraft in I 4	"
W-Scharf. Dextl	Hilfskraft in II	"
W-Sturmm. Kowarschik	Hilfskraft in II	"
W-Mann Panhans	Hilfskraft in II	"
W-H'Scharf. Blematl	Hilfskraft in III	"
W-O'Scharf. Smole	Hilfskraft in III	"
W-H'Scharf. Krüger	Abt.Ltr. I u. Stabs- führer in der vorläu- figen Dienststellung eines Referenten	im UA Wien
W-U'Stuf. Schönwetter	Ref. in I 1-3 (I 2)	"
W-Scharf. Litschke	Ref. in I 1-3 (I 13)	"
W-O'Stuf. Bock	Ref. in III 21	"
W-Scharf. Spranz	Hilfskraft im UA	
W-U'Stuf. Renndorfer	Ref. I 1-3	im UA Salzburg.
W-O'Stuf. Jakubzik	Abt.Ltr. II 12 bei gleichzeitiger vertretungs- weiser Wahrnehmung der Geschäfte des Stabsführers bis zur endgül- tigen Besetzung der Stabsführer- stelle in der vorläufigen Dienst- stellung eines Referenten	"

666



Траул-

W-U'Scharf. Oppel	Ref. in III 21	im UA Salzburg
W-O'Stuf. Pacher	Ref. I 1-3	im UA Kärnten
	bei gleichzeitiger vertretungs- weiser Wahrnehmung der Ge- schäfte des Stabsführers bis zur endgültigen Besetzung der Stabs- führerstelle	
W-H'Scharf. Thaller	Ref. in III 22	"
W-O'Scharf. Schubernig	Ref. in III 21 in der vorläufigen Dienststel- lung eines H'Scharf.	"
W-U'Stuf. Fast	Abt.Ltr. I u. Stabs- führer in der vorläu- figen Dienststellung ei- nes Referenten	im UA Tirol
W-Rottf. Gützlaff	Ref. I 1-3	"
W-Scharf. Steyrer	Hilfskraft im UA	"
W-U'Stuf. Römer	Abt.Ltr. I u. Stabsführer	im UA-Steier- mark
W-O'Stuf. Steiner	Abt.Ltr. III 22 i.d. vorl. Dienststellg. eines Referenten	"
W-U'Stuf. Fuchs	Abt.Ltr. II 2	"
W-U'Scharf. Döhler	Hilfskraft im UA	"

Die Besoldung der Obengenannten erfolgt ab 1. August 1938 durch das Sicherheitshauptamt. Die Gehälter werden vorläufig in der bisherigen Höhe ausgezahlt, sofern nicht durch Neubeauftragung sich das Gehalt Einzelner erhöht. Im letzteren Fall gilt als Besoldungsgrundlage: Dienstgradgehalt plus 35 % Planstellenzulage zum Gehalt des höchsterreichbaren Dienstgrades.

Den Verheirateten wird hiermit Umzugsgenehmigung nach ihrem derzeitigen Dienstsitz erteilt.

Für die oben nicht aufgeführten kommandierten Mitarbeiter bleibt das Kommando bis auf weiteres bestehen. Der SD-Führer des W-Oberabschnittes Donau reicht zu gegebener Zeit Antrag auf Versetzung, bzw. Rückkommandierung dem Sicherheitshauptamt ein.

F.d.R.:

Der Chef des Sicherheitshauptamtes

gez. H e y d r i c h
W-Gruppenführer.

W-Untersturmführer.

667



72

125
SS-Obersturmführer H. Hagen,
Bln.-Wilmsdorf, Emserstr.12

111
123
Berlin, den 1. November 1938

An
SS-Obersturmführer A. Eichmann,
Wien IV., Prinz Eugen-Str.22

Lieber Adolf !

Ich erhalte von der Hauptabteilung I 15 ein Schreiben,
in dem ich gebeten werde, SS-Unterscharführer Schmidt
für den ihm abhandengekommenen Koffer als Entschädigungs-
summe RM 30.- zu zahlen.

Du wirst Dich entsinnen, dass Dir damals bereits mitge-
teilt wurde, Du hättest den Koffer irgendwie versaut,
andererseits kann ich mich aber entsinnen, dass Du ver-
schiedentlich in der Angelegenheit geschrieben hast und
auch mit Schmidt oder irgendeinem anderen gesprochen hast.

Die Angelegenheit ist also immer noch nicht erledigt.
Ich bitte Dich deshalb um sofortige nochmalige Mitteilung
des Tatbestandes, wie Du zu dem Koffer gekommen bist und
wo er evtl. verblieben sein kann. Falls es Dir noch mög-
lich ist, teile mir die Daten mit, an denen Du geschrieben
hast.

Bei dem Koffer soll es sich um einen grauen Lederkoffer
handeln, der mit Holzleisten an den Rändern versehen war.
Innen war er verschnallbar.

Ich bitte Dich um beschleunigte Mitteilung an mich.

Mit herzlichen Grüßen und

1) 11.11.38
1) 11.11.38
Heil Hitler!

1) 11.11.38
11.11.38

1) 11.11.38
11.11.38

99



126

124

SS-Obersturmführer
Eichmann,
Wien IV., Prinz Eugenstr. 22

Wien, den 3. Nov. 1938

An den
SS-Obersturmführer Herbert Hagen,
Berlin SW 68, Wilhelmstrasse 102

Lieber Herbert!

Bezüglich der Kofferangelegenheit teile ich Dir unter Bezugnahme auf Dein Schreiben vom 1. XI. 38 mit, dass ich diesen Reisekoffer in den Wirtstagen 1938 anlässlich der Besetzung Österreichs, auf Befehl von II/II für Kuriermaterial benutzte. Ich selbst habe ihn seit dem 1. XI. 38 nicht mehr benutzt. Dieser Koffer wurde von mir mit Material seinerzeit nach Wien gebracht und, da das Material zur Gänze für II/II bestimmt war, zweifellos diesem Referat übergeben.

Was nachher aus diesem Koffer geworden ist, kann ich heute leider nicht mehr sagen, da ich ja zu jener Zeit andere Dinge im Kopf hatte als die so ulkige Kofferangelegenheit weiterhin zu verfolgen. Ich schrieb in der Zwischenzeit und sandte einige FS in derselben Angelegenheit nach Berlin und teilte jedesmal diesen meinen Standpunkt mit.

Es wird deshalb das Beste sein, nachdem dieser Koffer zweifellos wieder mit Material nach Berlin zurückgegangen ist, im SD-Hauptamt noch einmal diesbezüglich nachzuforschen, denn im SD-Oberabschnitt befindet er sich nicht mehr und sollte er sich überhaupt nicht mehr finden lassen, dann muss dieser Koffer eben von amtswegen ersetzt werden.

Da weder ich diesen Koffer weiterhin benutzte, noch im Besitz dieses Koffers bin und darüber hinaus auch nicht mehr weiss, wer diesen Koffer hat, kann eine Bezahlung durch meine Person nicht in Frage kommen.

Heil Hitler!

Dein Kamerad

Adolf

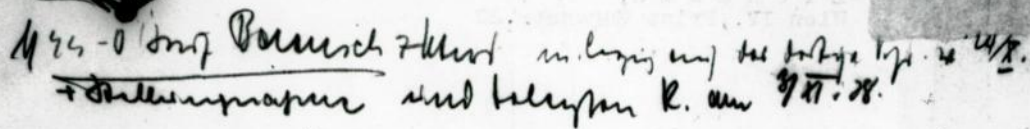
3. Rts. gen. II 112

*Adolf Hagen muss
sich mit II-Gen abstimmen.
Er könnte den Brief unterschreiben
und unterschreiben. Gail Hagen! R. Hagen*

677



Іс-хат -



4 Turpenti.

Berlin, den 8.11.1938

V e r m e r k :

Nach Rücksprache mit SS-O'Sturmführer Baensch erklärt sich dieser einverstanden, dass durch II 1 bei I 4 der Antrag gestellt wird, von dort aus den Koffer zu bezahlen. Doppel dieses Antrages wird SS-O'Sturmführer Baensch zugeleitet.

II 112 4

Am.

The above is a list of the
 names of the persons who
 have been appointed to the
 various committees of the
 Board of Directors of the
 City of New York, for the
 year 1901.

6/4



73

NSDAP Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

Ar./Sehbn.

Eingangsstempel
an 14.08.14.05
ab 14.05

telefonisch benachrichtigt

Aufgenommen				Beantwortet				Raum für Eingangsstempel	
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit		
11. Aug 1938 1139									
von				an					
durch				durch					
0908				Verzögerungsvermerk					
8468									
Nr.									
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> SD-Hauptamt 122717 25 AUG 1938 Bearbeiter: 1112 Zitiergehört 26. Aug 1938 </div> </div>									

Wien-Nr. 852.

SD - Hauptamt, (II 1).

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Vorg.: ohne.

Folgende Zeitungsnotiz vom 22.8.38. wird wiedergegeben:
Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich gibt bekannt:
Zur Regelung der Auswanderung der Juden aus der Ostmark habe ich die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, IV Bezirk, Prinz-Eugenstr. Nr. 22, Telefon-Nr. U 454 45 errichtet. Alle Partei- und Staatsdienststellen werden angewiesen, sofort alle Auswanderungsgesuche von Juden an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung weiterzuleiten. Die Juden haben sich umgehend an die Zentralstelle zu wenden. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist zunächst zuständig für Wien und Niederösterreich. Sie hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Leiter dieser Zentralstelle wurde der Inspekteur der Sicherheitspolizei, der SD-Oberabschnittsführer H. - Standartenführer Dr. Stahlecker, H-Standartenführer Dr. Stahlecker hat H. - Untersturmführer Eichmann mit seiner Vertretung betraut.

1) Hauptamt II - Dr. Stahlecker ist für die Führung des Systems, Der Leiter der Hauptabteilung II, i. V. gez. G. Eichmann, H- Obersturmführer.

fr. 25.8. 1938
8. Sekt. gen. II 112
112. 14. 112
II 0
F/M 11

6/5



T. J. [Signature]

II 112 0

F 112 1

Hg/P1

12. Sep. 1938

Hfmg

An

I 112

~~*****~~

Betr.: Dienstreise II 112 zum O.A. Donau vom 31.8.-1.9.
 Vorg.: Dienstreiseantrag 432 und Befehl II vom 29.8.38

Die am 22.8.38 auf Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich gegründete Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde im Einverständnis mit II am 31.8. und 1.9. besichtigt. Das Aufgabengebiet der Zentralstelle geht aus dem anliegenden Bericht von SS-O'Stuf. Eichmann hervor, der von SS-Staf. Dr. Stahlecker mit der Führung der Zentralstelle beauftragt wurde. Der Vorteil dieser Zentralstelle gegenüber der vorherigen Arbeitsweise ergibt sich eindeutig daraus, daß die Ausstellung sämtlicher für die Auswanderung notwendigen Dokumente innerhalb von 8 Tagen erfolgen kann. Darüber hinaus besteht eine laufende Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, deren Vermögen usw., so daß der Leiter der Zentralstelle in der Lage ist, bei der Bereitstellung von Zertifikaten oder Einwanderungsmöglichkeiten sofort die notwendigen Transporte zusammenzustellen.

Außerdem ist durch diese Gründung die Gewähr dafür gegeben, daß absolut die Linie des Sicherheitsdienstes bei der Durchführung der Judenfrage in Österreich gewährleistet ist, ohne daß eine andere Stelle die Möglichkeit oder die Befugnis hätte, sich bestimmend einzuschalten.

Der Unterzeichnete wohnte verschiedenen Besprechungen mit den mitarbeitenden Juden und den zuständigen Behörden bei, wodurch festgestellt werden konnte, daß durch die jetzi-

bezeichnet in I 112 am 16. 9. 38.
 J. Müller

6/17

Transf-

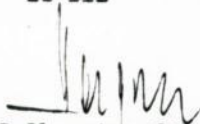
ge personelle Besetzung eine strikte Durchführung der politischen Linie in der Judenfrage gewährleistet ist.

Eine Belastung für den Sicherheitsdienst bedeutet diese Zentralstelle weder in sachlicher noch finanzieller Hinsicht, da sie an sich das Referat II 112 einschließt und sich aus einer von jedem Juden zu bezahlenden Gebühr selbst finanziert. Der O.A. trägt lediglich die Gehälter der Mitarbeiter der Abteilung II 112, dagegen werden Ordnonanzen, Wache, Wagen, Materialien usw. ausschließlich durch die Zentralstelle selbst bezahlt.

Die personelle Besetzung war jedoch bei dem Besuch noch nicht ausreichend, zumal nicht endgültig darüber entschieden wurde, ob der von SS-Staf. Stahlecker zu SS-O'Stuf. Eichmann versetzte SS-Scharf. Brans die Stellung behalten solle. Es erscheint notwendig, hierüber zu entscheiden, da SS-O'Stuf. Eichmann zumindest einen sachkundigen Referenten haben muß. Für Hilfskräfte und Stenotypistinnen ist inzwischen gesorgt worden.

Über die Möglichkeiten der Ausdehnung der in Österreich gemachten Erfahrungen auf das Reichsgebiet wird gesondert berichtet.

II 112



SS-Obersturmführer.

11 Mr. J. G. von Kricheldorf

4 24.7.3

16-3

679



Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau.

II 112
Ech./Ne.

Doppel

An das
Sicherheitshauptamt,
B e r l i n.

Betr: Schaffung einer Zentralstelle für die jüdische
Auswanderung in Wien. Wien, IV., Prinz-Eugenstr. 22.

Vorg: Ohne.

Am 22.8.1938 wurde in Wien auf Anordnung
des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Oester-
reichs mit dem Deutschen Reich, eine "Zentralstelle für
jüdische Auswanderung" gegründet.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstelle
wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, der
Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer
Dr. S t a h l e c k e r, beauftragt.

Es häuften sich in Wien die Fälle, wo
auswanderungslustige Juden tage- und wochenlang vor den
zuständigen Dienststellen Schlange standen, um dort ihre
Auswanderungspapiere in Ordnung zu bringen. Teils durch
Ungeeignetheit der zuständigen Beamten, teils durch
mangelhafte Organisation traten im Laufe der Zeit
Unzukömmlichkeiten auf, die entgegengesetzt unserem
Interesse an einer forcierten Abwanderung von Juden aus
Oesterreich standen.

62/



Vom SD-Oberabschnitt Donau wurde daher der Vorschlag zur Gründung einer Zentralstelle für die jüdische Auswanderung gemacht.

Die Aufgaben dieser Zentralstelle umfassen im Zusammenwirken mit den sonstigen zuständigen Dienststellen und unbeschadet deren sonstiger Selbständigkeit:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreise genehmigungen mit den zuständigen deutschen oder anderen Auswanderungsorganisationen,
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen,
3. Einrichtung über Ueberwachung von Umschulungsstätten,
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten,
5. Ueberwachung der jüdisch-politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage,
6. Herausgabe von Richtlinien und ständige Fühlungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus Oesterreich in Frage kommenden Stellen und insbesondere
 - a) mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche,
 - b) dem Reichsstatthalter in Oesterreich,
 - c) mit der Österr. Landesregierung,
 - d) mit der Geheimen Staatspolizei,
 - e) mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS,
 - f) mit der Devisenstelle,
 - g) mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wien,
 - h) mit den Bezirkshauptmannschaften,

23



Tracy -

- i) mit dem Zentraltax- und Gebührenbemessungsamt,
 - k) mit dem Magistrate,
 - l) mit den Steueradministrationen,
 - m) mit dem Passamt der Polizeidirektion Wien,
 - n) mit der Polizeidirektion Wanderungsamt,
 - o) mit den Polizeikommissariaten, Korrespondenzbüro der Polizeidirektion,
 - p) mit dem Zentralmeldungsamt,
- ferner mit den Dienststellen der NSDAP und deren Untergliederungen.

Alle Parteidienststellen und Behörden wurden angewiesen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sofort weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese zu verweisen. Juden, die auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere im Zusammenwirken mit den übrigen Partei und Staatsdienststellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung. Diese Regelung gilt zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau. Das Verfahren in den übrigen Gauen regelt die Zentralstelle für die jüdische Auswanderung selbst.

Die Bildung einer Zentralstelle für jüdische Planung in Zusammenhang mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Die vorbereitenden Arbeiten wurden am 23.8.38 im wesentlichen abgeschlossen. Der Beginn des Parteienverkehrs wurde für den 24.8.1938, 10 Uhr vormittags, festgesetzt.

6/2/21



Траваул-

Jede, für die Auswanderung von Juden aus Oesterreich in Frage kommende Dienststelle, hat einen oder mehrere Beamte zur Zentralstelle für die jüdische Auswanderung abgestellt; ebenso wurden zwei Räumlichkeiten innerhalb der Dienststelle der "Israelitischen Kultusgemeinde Wien" und dem "Zionistischen Landesverband für Oesterreich" zur Verfügung gestellt.

Ueber die Arbeiten der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird laufend nach dort berichtet.

287



Триасин

Zentralstelle
für jüdische Auswanderung

10
Wien IV, den 14.9.1938.
Prinz Eugenstrasse 22.

An das
Sicherheitshauptamt,
II 112
z.Hd.v.SS-O'stuf. Hagen,
Berlin.

SS-Hauptamt	
137808	19 SEP. 1938
Werbeführer:	Stichtagsführer:

20. Sep. 1938

Betr: Zentralstelle für jüdische Auswanderung,
Wien IV, Prinz Eugenstrasse 22.

Vorg: Rücksprache SS-O'stuf. Eichmann mit SS-O'stuf.
Hagen anlässlich seines letzten Hierseins.

Anlg: 2.

Am 22.8.1938 wurde in Wien auf Anordnung
des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Öster-
reichs mit dem Deutschen Reich, eine "Zentralstelle
für jüdische Auswanderung" gegründet.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstelle
wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, der
Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer
Dr. S t a h l e c k e r beauftragt.

Es häuften sich in Wien die Fälle, wo
auswanderungslustige Juden tage- und wochenlang vor
den zuständigen Dienststellen Schlange standen, um
dort ihre Auswanderungspapiere in Ordnung zu bringen.
Teils durch Ungeeignetheit der zuständigen Beamten,
teils durch mangelhafte Organisation traten im
Laufe der Zeit Unzukömmlichkeiten auf, die entgegen-
gesetzt unserem Interesse an einer forcierten Abwan-

3. Rts. gen. II 112

1/3.4. bei II 1-112

1/12.X.

62



Григорьев-

derung von Juden aus Österreich standen.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung des SS-O'stuf. Eichmann mit SS-O'stuf. Hagen werden nachstehend zur dortigen Kenntnissnahme noch einige Angaben gemacht.

- 1.) Eines der grössten Übelstände bezüglich der Auswanderung von Juden aus Wien war das Treiben der arischen Rechtsanwälte. Dadurch, dass durch ein kompliziertes System die Beschaffung der für die Passanlagen notwendigen Unterlagen meistens 2-3 Monate dauerte (z.B. die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses dauerte 6-8 Wochen), kam es, dass vermögende Juden arische Rechtsanwälte mit der Beschaffung ihrer Dokumente beauftragten.

Diesen Rechtsanwälten gelang es bei den Behörden bevorzugt behandelt zu werden. Diese Rechtsanwälte oder ihre beauftragten Kanzleihilfen kamen nun mit 10, 20, 30 oder mehr Passanträgen zu den verschiedenen Behörden, hielten dort die Beamten stundenlang auf, während die mittellosen Juden tagelang auf der Strasse standen und um keinen Schritt vorwärts kamen. Dieses Vorgehen brachte nichts als Übelstände mit sich. Einmal wurde es den vermögenden Juden ermöglicht ohne Schwierigkeiten das Land zu verlassen, während der mittellose Jude hier bleiben musste, also eine Angelegenheit, die im entgegengesetzten Interesse unserer Bestrebungen stand. Zum anderen schrieb das Ausland bereits, dass die Beschaffung von Reisepässen in der Ostmark RM 1.000- pro Pass kostet. Die Rechtsanwälte verlangten nämlich pro Reisepass zum Teil unerhörte Summen, die der vermögende Jude auch freiwillig bezahlte.

Nachdem die Beschaffung von Reisepässen durch die Einrichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nur etwa 8 Tage dauert (die Beschaffung eines

691



polizeilichen Führungszeugnisses geht heute unter 48 Stunden vor sich), werden diese Rechtsanwälte bereits bei allen möglichen Partei- und Staatsstellen vorstellig, da ihnen durch diese Einrichtung, wie sie sich selbst ausdrücken, ein fettes Geschäft verloren geht. Da obendrein diesen Rechtsanwälten von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung keine Extrastunden für ihre Behandlung eingeräumt wurden, ist ihre Erbitterung gegen diese Einrichtung eine umso grössere.

Das Bestreben der Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist es, in erster Linie für eine forcierte Abwanderung der mittellosen Juden Sorge zu tragen und vermögende Juden nur dann zur Auswanderung zu bringen, wenn mit ihrer Abwanderung gleichzeitig die Abwanderung eines ihrem Vermögen entsprechenden Teiles von mittellosen Juden verbunden ist.

- 2.) Es wurden vor Gründung der Zentralstelle Reisepässe und die hierfür notwendigen Dokumente wahllos ausgegeben, d.h. Jeder Jude, der zuerst kam, bekam seine nötigen Unterlagen ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Jude tatsächlich Einwanderungsmöglichkeiten hatte oder nicht. In der Folgezeit traten dann die Fälle auf, in denen die bereits beschafften Papiere ihre Gültigkeit verloren, da der Jude noch immer nicht zur Auswanderung gelangen konnte (die Laufzeit einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung, eines polizeilichen Führungszeugnisses usw. beträgt hier nur 4 Wochen). Diese Juden mussten also bis zur endgültigen Abwanderung mehrmals dieselben Wege machen, was zwangsläufig auch zu einer Überlastung des Behördenapparates führte.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung gibt bis auf weiteres Unterlagen, Dokumente und Reisepässe nur an solche Juden ab, die bereits im Besitz einer Einwanderungsmöglichkeit sind, d.-h. eine grosse Anzahl von Juden ist im Besitz von befristeten Einreisemöglich-

69



Тришнф-

keiten. Um diese Unterlagen nicht wertlos zu machen werden sie vordringlich behandelt, gleichzeitig sind die jüdisch-politischen Organisationen in Wien tätig, laufend weitere Einwanderungsmöglichkeiten für Juden zu schaffen. Die Zeit der Gruppenwanderung ist ja bekanntlich bis auf weiteres endgültig vorbei, sodass z. Zt. intensiver an der Einzelauswanderung gearbeitet wird. Die Zentralstelle macht täglich 200 Juden passfertig und beobachtet gleichzeitig deren Abtransport.

*Ant. ...
H. V. ...
u. ...
7/12/1*

- 3.) Zur dortigen Kenntnisnahme wird anliegend der Monatsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien für August und der Wochenbericht der Israelitischen Kultusgemeinde vom 13.9.1938 übersandt.

H e i l H i t l e r !



Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung

W. Eickmann

SS-Obersturmführer.

69



Трунцев

169



15

A b s c h r i f t.
=====

Der Reichskommissar
für die Wiedervereinigung
Österreichs mit dem Deutschen Reich.

Wien, den 20.8.38.

Stab.

An

sämtliche Partei- und Staatsdienststellen in Österreich.

Bei der Auswanderung von Juden haben sich unliebsame Störungen und Verzögerungen ergeben; ausserdem wurde die Frage der jüdischen Auswanderung von einzelnen Dienststellen unzweckmässig behandelt.

Zur Förderung und beschleunigten Regelung der Auswanderung der Juden aus Österreich wird daher die Zentralstelle für jüdischen Auswanderung in Wien IV., Prinz Eugenstrasse 22, Telef. U 40060 erreichtet.

Die Zentralstelle hat im Zusammenhangwirken mit den zuständigen Dienststellen für die Erledigung folgender Aufgaben zu sorgen:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreisegenehmigungen mit den zuständigen deutschen oder anderen Auswanderungsorganisationen.
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen.
3. Einrichtung und Überwachung von Umschulungsstätten.
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten.
5. Überwachung der jüdisch-politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage.
6. Herausgabe von Richtlinien und ständige Fühlungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus Österreich in Frage kommenden Stellen, insbesondere
 - a) mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche,
 - b) dem Reichsstatthalter in Österreich,
 - c) den Gauleitungen der NSDAP.,
 - d) mit der österr. Landesregierung,
 - e) mit der Geheimen Staatspolizei,
 - f) mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS,
 - g) mit der Devisenstelle,

699



- h) mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wien,
- i) mit der Bezirkshauptmannschaft,
- k) mit dem Zentraltax- und Gebührenbemessungsamt,
- l) mit dem Magistrat,
- m) mit den Steueradministrationen und den Finanzbehörden,
- n) mit dem Passamt der Polizeidirektion Wien,
- o) mit der Polizeidirektion Wanderungsamt,
- p) mit den Polizeikommissariaten, Korrespondenzbüro
der Polizeidirektion,
- q) mit dem Zentralmeldungsamt.

Alle Parteidienststellen und Behörden werden angewiesen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sofort weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese zu verweisen. Juden, die auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere von den zuständigen Stellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung.

Diese Regelung gilt zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau. Das Verfahren in den übrigen Gauen regelt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Benehmen mit den zuständigen Gauleitern.

Die Bildung einer Zentralstelle für jüdische Planung im Zusammenhang mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstellen beauftrage ich den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer Regierungsdirektor Dr. S t a h l e c k e r. Er erhält hiermit die zur Durchführung seines Auftrages notwendigen Vollmachten. Insbesondere kann er die Abordnung von Beamten der an der Auswanderung beteiligten Behörden zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung verlangen.

Heil Hitler!

gez. B ü r c k e l,
Gauleiter

F.d.R.
gez. Dr. K e r n.

167



Григорьев

**Zentralstelle für
jüdische Auswanderung**
Wien IV. Prinz Eugenstraße 22

17

Wien, am 24. Okt. 1938

G 1-Ebr.976/38
G/R

An das

SD-Hauptamt II 112

Berlin, SW 68
Wilhelmstrasse 102

Betrifft: Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Vorgang: Ohne.

Anlage: 2 Abschriften.

Als Anlage überreiche ich je eine Abschrift
der Erlasse des Reichskommissars für die Wiedervereinigung
Österreichs mit dem Deutschen Reiche v. 20.8.38
und des Inspektors der Sicherheitspolizei v. 27.8.38
mit der Bitte um Kenntnisnahme.



Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung:

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

3. Rhs. gen. II 112

25.8.38

[Handwritten mark]

1) zusammen 100. an das R. V. d. i.
2) Hauptstadt

607



Трава -

18

A b s c h r i f t.

Der Reichskommissar
für die Wiedervereinigung
Österreichs mit dem Deutschen Reich.

Wien, I. den 20. 8. 1938.
Parlamentsgebäude
Fernruf R 50-5-60

Stab

An

sämtliche Partei- und Staatsdienststellen in
Österreich.

Bei der Auswanderung von Juden haben sich unliebsame Störungen und Verzögerungen ergeben; ausserdem wurde die Frage der jüdischen Auswanderung von einzelnen Dienststellen unzweckmässig behandelt.

Zur Förderung und beschleunigten Regelung der Auswanderung der Juden aus Österreich wird daher die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien IV., Prinz Eugenstrasse 22, Tel.: U 40-0-60 errichtet.

Die Zentralstelle hat im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen für die Erledigung folgender Aufgaben zu sorgen:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreisegenehmigungen mit den zuständigen deutschen oder anderen Auswanderungsorganisationen.
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen.
3. Einrichtung und Überwachung von Umschalungsstätten.
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten.
5. Überwachung der jüdisch - politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage.
6. Herausgabe von Richtlinien und ständige Fühlungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus Österreich in Frage kommenden Stellen, insbesondere
 - a) mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich,
 - b) dem Reichsstatthalter in Österreich,
 - c) den Gauleitungen der N.S.D.A.P.,

165



13

- d) mit der Österr. Landesregierung,
- e) mit der Geheimen Staatspolizei,
- f) mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS,
- g) mit der Devisenstelle,
- h) mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wien,
- i) mit der Bezirkshauptmannschaft,
- k) mit dem Zentraltax- und Gebührenbemessungsamt,
- l) mit dem Magistrat,
- m) mit den Steueradministrationen und den Finanzbehörden,
- n) mit dem Passamt der Polizeidirektion Wien,
- o) mit der Polizeidirektion Wanderungsamt,
- p) mit den Polizeikommissariaten, Korrespondenzbüro der Polizeidirektion,
- q) mit dem Zentralmeldungsamt.

Alle Parteidienststellen und Behörden werden angewiesen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sofort weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese zu verweisen. Juden, die auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere von den zuständigen Stellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung.

Diese Regelung gilt zunächst auf die Gaue Wien und Niederdonau. Das Verfahren in den übrigen Gaue regelt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Benehmen mit den zuständigen Gauleitern.

Die Bildung einer Zentralstelle für jüdische Planung im Zusammenhang mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstellen beauftrage ich den SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standortenführer Regierungsdirektor Dr. S t a h l e c k e r . Er erhält hiermit die zur Durchführung seines Auftrages notwendigen Vollmachten. Insbesondere kann er

702



Blatt III

die Abordnung von Beamten der an der Auswanderung beteiligten Behörden zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung verlangen.

Heil Hitler!
gez. B ü r c k e l,
Gauleiter

F. d. R.
Name.

Richtigkeit der Abschrift bescheinigt.

Wien, am 24.11.38



100



Трудовой-

21

A b s c h r i f t.

Der Inspekteur der Sicherheitspolizei

(Stempel)

S II E₄ - 24⁰/38

Wien, den 27. August 1938.

An den
Herrn Landeshauptmann für Niederdonau
W i e n I.
Herrengasse 13.

Betrifft: Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Durch Erlass des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ist eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung errichtet worden, mit deren Leitung ich beauftragt wurde. Nach dem Erlass des Reichskommissars ist die Zentralstelle zunächst zuständig für die Gaue Wien und Niederdonau. Bis zur Vereinbarung der genauen Richtlinien mit der Landeshauptmannschaft Niederdonau bitte ich die Bezirkshauptmannschaften anzuweisen, bei jüdischen Auswanderungen wie bisher zu verfahren. Ich werde mir erlauben, zur Regelung der jüdischen Auswanderung in Zeitkürze mich unmittelbar mit der Landeshauptmannschaft in Verbindung zu setzen.

Der Inspekteur der Sicherheitspolizei
Gez.: Dr. Stahlecker.

11/11



Tyraeluf

Hag/

An die

Geheime Staatspolizei,
Geheimes Staatspolizeiamt, II B 4 ,

B e r l i n .

Betr.: Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage.
Vorg.:

Auf die dortige Anfrage vom 19.9.1938 wird mitgeteilt, dass die Angelegenheit über die für Staatssekretär Dr. Kaltenbrunner aufzustellenden Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage in Österreich durch die Errichtung der "Zentralstelle für die jüdische Auswanderung" als erledigt betrachtet werden kann. Der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau, SS-Standardenführer Dr. Stahlecker, hatte diesbezüglich mit dem Staatssekretär Dr. Kaltenbrunner eine Aussprache.

Zur dortigen Kenntnis und Unterrichtung wird anliegend ein Bericht über das Arbeitsgebiet dieser am 22.8.38 auf Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich gegründeten Zentralstelle übersandt.

1 Anlage.

174



B e r i c h t

Über die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung",
Wien IV, Prinz Eugenstr.22.

Zur Regelung der Auswanderung der Juden aus Österreich wurde am 22.8.1938 in Wien IV, Prinz Eugenstr.22, eine "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" gegründet. Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstelle wurde auf Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau, SS-Standartenführer Dr. Stahlecker, beauftragt, der als seinen Vertreter in der Zentralstelle SS-Obersturmführer Eichmann eingesetzt hat.

Die Aufgaben der "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" umfassen im Zusammenwirken mit den sonstigen zuständigen Dienststellen und unbeschadet deren sonstiger Selbstständigkeit:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreise genehmigungen mit den zuständigen deutschen oder anderen Auswanderungsorganisationen,
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen,
3. Einrichtung über Überwachung von Umschulungsstätten,
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schifffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten,
5. Überwachung der jüdisch-politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage,
6. Herausgabe von Richtlinien und ständige Fühlungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus Österreich in Frage kommenden Stellen und insbesondere
 - a) mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich,
 - b) dem Reichsstatthalter in Österreich,
 - c) mit der österreichischen Landesregierung,
 - d) mit der Geheimen Staatspolizei,
 - e) mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS,

1/1
51



Триасиф

- f) mit der Devisenstelle,
- g) mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wien,
- h) mit den Bezirkshauptmannschaften,
- i) mit dem Zentraltax- und Gebührenbemessungsamt,
- k) mit dem Magistrate,
- l) mit den Steueradministrationen,
- m) mit dem Passamt der Polizeidirektion Wien,
- n) mit der Polizeidirektion Wanderungsamt,
- o) mit den Polizeikommissariaten, Korrespondenzbüro der
Polizeidirektion,
- p) mit dem Zentralmeldungsamt,
ferner mit den Dienststellen der NSDAP und deren Unter-
gliederungen.

Alle Parteidienststellen und Behörden wurden angewiesen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" sofort weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese zu verweisen. Juden, die auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere im Zusammenwirken mit den übrigen Partei- und Staatsdienststellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung. Diese Regelung gilt zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau. Das Verfahren in den übrigen Gauen regelt die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" selbst.

Der Vorteil dieser Zentralstelle gegenüber der vorherigen Arbeitsweise ergibt sich eindeutig daraus, dass die Ausstellung sämtlicher für die Auswanderung notwendigen Dokumente innerhalb 8 Tagen erfolgen kann. Darüberhinaus besteht eine laufende Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, deren Vermögen usw., so dass der Leiter der Zentralstelle imstande ist, bei der Bereitstellung von Zertifikaten oder Einwanderungsmöglichkeiten sofort die notwendigen Transporte zusammenzustellen.

117

Trounf

II 112

Hg/P1

25.10.38

1. Vermerk:

Betr.: Reichsstelle für das Auswanderungswesen

Vorg.: Rücksprache II 112 - Dr. Wolf am 21.10.

Dr. Wolf ruft am 21.10. an und betont mit Bezug auf die Reichsstelle für das Auswanderungswesen, daß er bei der Zentralisierung der mit der jüdischen Auswanderung befaßten Stellen eine 100 %-ige Ausschaltung der Auswanderungsberatungsstellen befürworte.

II 112

2. II 1 Stbf. m.d.B. um Kenntnisnahme

3. In: zum Vorgang: Eintragsbuch, pol. Auswanderung

719



சென்னை -

Wohl dem! Durch Kurier

26

II 112-4/G 15

Hg./Schw.

An das

Reichs- und Preussische Wirtschaftsministerium
z. Hnd. von Herrn Reichsbankrat Dr. Wolf

Berlin

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Vorg.: Rücksprache des H-O'Stuf. Hagen mit Herrn Reichs-
bankrat Dr. Wolf und Assessor Gusske.

Gemäss mündlicher Vereinbarung wird nachfolgend
ein Bericht über die Aufgabengebiete der durch Erlass
des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs
mit dem Deutschen Reiche vom 20.8.38 und des Inspektors
der Sicherheitspolizei vom 27.8.38 errichteten Zentral-
stelle für jüdische Auswanderung übersandt.

Wie aus den anliegend beigegebenen Erlassen
hervorgeht, dient die Zentralstelle der Förderung und
beschleunigten Regelung der Auswanderung der Juden aus
Österreich. Die Aufgabengebiete sind in dem angezogenen
Erlass vom 20.8.38 unter den Punkten 1 - 6 Q dargelegt.

Die Parteidiienststellen und Behörden der Ostmark
sind angewiesen worden, alle Auswanderungsansuchen ohne
weitere eigene Verfügung und Massnahmen an die Zentral-
stelle weiterzuleiten. Darüber hinaus ist die Zentralstelle
im Einvernehmen mit den zuständigen jüdischen Organisationen
verantwortlich für die Schaffung von Auswanderungs-
möglichkeiten, wozu auch die Kontrolle der durch die
jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes zur Verfügung
gestellten Hilfsfonds gehört.

*Kurier
21/10.38
Ho*

721



Sie arbeitet dabei im engsten Einvernehmen mit der Devisenstelle Wien.

Mit der Leitung der Zentralstelle wurde der SD-Führer des #-Oberabschnittes Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei, #-Standartenführer, Regierungsdirektor Dr. Stahlecker beauftragt. Er ist bevollmächtigt, die ~~Absendung von Beamten~~ ^{zur Überprüfung von Beamten} der an der Auswanderung beteiligten Behörden ~~zur Zentralstelle~~ ^{zur Zentralstelle} für jüdische Auswanderung zu verlangen. *Münch.*

Mit seiner Vertretung hat der Inspekteur der Sicherheitspolizei und SD-Führer des #-Oberabschnittes Donau #-Obersturmführer Eichmann beauftragt.

I
1
[Signature]

II
[Signature]

III
11/1
19
[Signature]

2 Anlagen

123



79



† General.

RZGG Sicherheits-Dienst Nachrichten-Übermittlung

32

Aufgenommen				Beantwortet				Raum für Eingangsstempel
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
von		durch		an		durch		
				Verzögerungsvermerk				
Nr. 71014								
/Telegraph / Drahtfunk - Fernschreiben - Fernpost/								

II/1

Berlin, den 11. Nov. 1938.

B l i t z !
- - - - -

An den
SD-Führer des 77-Oberabschnitts Donau,
z.Hd. von 77-Standartenführer Stahlecker,
W i e n

Im Laufe des Sonnabend-Vormittag findet in Berlin eine grössere Besprechung statt, in welcher mit den Aktionen gegen die Juden und der künftig einzuschlagenden Generallinie zusammenhängenden Fragen besprochen werden sollen. Da der Plan besteht, entsprechend der Regelung in der Ostmark, auch im Reich eine Zentralstelle zu gründen, erscheint es Gruf. Heydrich zweckmässig, wenn 77-OStuf. Eichmann an der Besprechung teilnimmt, um zur praktischen Durchführung seine Erfahrungen mitzuteilen. Es wird demnach gebeten, 77-O'Stuf. Eichmann sofort nach Berlin in Marsch zu setzen. Er soll sich ~~sofort nach Eintreffen in Berlin~~ morgen, Sonnabend, vormittags bei 77-Stubaf. Ehringer im SD-Hauptamt melden.

i.V.

gez. Ehringer
77-Sturmabteilerführer

ZMA 71014
bi

133



Tracy -

33

NSDAP
Sicherheits-Dienst

SS-Kontrollstreifen Nr. 71 014

Aufgegeben am: 11. 11. 38.
Zeit: 13.00 durch: Mr.

An Abteilung: Fi

+ B L I T Z ===

SD H AMT 71 014 11.11.38 1310 ==RO =

ROEM II/1 ===

AN DEN SD FUEHRER DES SSOA DONAU Z. HD. VON SS-STAF.
S T A H L E C K E R. ==

IM LAUFE DES SONNABEND-VORMITTAG FINDET IN BERLIN
EINE GROESSERE BESPRECHUNG STATT, IN WELCHER DIE MIT DEN
AKTIONEN GEGEN DIE JUDEN UND DER KUNFTIG EINZUSCHLAGENDEN
GENERALLINIE ZUSAMMENHAENGENDEN FRAGEN BESPROCHEN WERDEN
SOLLEN. DA DER PLAN BESTEHT, ENTSPRECHEND DER REGELUNG IN
DER OSTMARK, AUCH IM REICH EINE ZENTRALSTELLE ZU GRUENDEN,
ERSCHEINT ES GRUF. H E Y D R I C H ZWECKMAESSIG, WENN
SS-OSTUF. E I C H M A N N AN DER BESPRECHUNG TEILNIMMT,
UM ZUR PRAKTISCHEN DURCHFUEHRUNG SEINE ERFAHRUNGEN
MITZUTEILEN. ES WIRD DEMNACH GEBETEN, SS-OSTUF. EICHMANN
SOFORT NACH BERLIN IN MARSCH ZU SETZEN. ER SOLL SICH MORGEN,
SONNABEND, VORMITTAGS 0830 UHR BEI SS-STUBAF.

E H R L I N G E R IM SD H AMT MELDEN. ==

I. V. GEZ. E H R L I N G E R SS- STURMBANNFUEHRER.

135



Тыңасу

II 112-4 C 15

Hg./Schw.

Vermutlich
1/4 Vermutlich II 112-4 C 15 v. 12. 8. 38.
(alle 8 sind für folgende in Wien
waren.)

2/ II 112 bekommen 1. Aug. 1938.

Chef der Sicherheitspolizei Adjutantur		
Bef. - 7. NOV. 1938		
11/10	Beck	Beck

B e r i c h t

SD-Hauptamt	
166494	11 NOV. 1938
Stabschef	Telefon
111	

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien.
Vorg.: ohne.

Mit Wirkung vom 20.8.38 wurde auf Grund der Vorschläge des SD-Oberabschnittes Donau II 112 vom Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Bürckel, in einem abschriftlich beigelegten Rundschreiben an alle Partei- und Staatsdienststellen die Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung verfügt. Mit der Leitung wurde der SD-Führer des II-Oberabschnittes Donau, und Inspekteur der Sicherheitspolizei II-Standartenführer Regierungsdirektor Dr. Stahlecker beauftragt, der seinerseits den Leiter des Referates II 112 beim OA-Donau mit der Führung der Geschäfte beauftragt hat.

In einem gleichfalls beigelegten Erlass vom 27.8. 1938 hat der Inspekteur der Sicherheitspolizei daraufhin- gewiesen, dass die Zentralstelle zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau zuständig seien. Eine weitere Zuständigkeits- regelung erübrigt sich, nachdem der geschäftsführende Leiter der Zentralstelle, II-Obersturmführer Eichmann, mit Gauleiter Bürckel in Durchführung eines Befehls des Reichs- führers II die endgültige Reinigung der Provinzen der Ostmark von Juden bis zum 31.12.38 durchführen wird.

Die Zentralstelle hat ihren Sitz im ehemaligen Palais des Inhabers der Rothschild-Bank in der Prinz-Eugen- strasse 22.

Original Hauptamt

191



Դրամբ

Durch die Gründung der Zentralstelle ist die Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente an Juden gegeben, die im allgemeinen innerhalb von 8 Tagen erfolgt. Die Zentralstelle hat weiterhin genaueste Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, Vermögen usw., so daß sie imstande ist, bei der Bereitstellung ausreichender Einwanderungsbewilligungen, die durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien beschafft werden, die notwendigen Auswanderungstransporte zusammenzustellen.

Für die finanzielle Durchführung der Auswanderung stehen einmal regelmäßige Beiträge der jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes, zweitens kaufbare Devisen, die durch einen Erlaß des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministeriums auf Veranlassung des SD-Hauptamtes II 112 bereitgestellt wurden, zur Verfügung. Durch diesen Erlaß wurde verfügt, daß die von den jüdischen Hilfsorganisationen einkommenden Devisenbeträge ohne Abzüge durch die Deutsche Gold- und Diskont-Bank an die Israelitische Kultusgemeinde gelangen; weiterhin ist verfügt, daß monatlich für RM 50 000 Devisen für die Auswanderung bereitgestellt werden. Schließlich ist jeder Auswanderer berechtigt, auf Grund dieses Erlasses ohne besondere Ermächtigung für RM 30.- Devisen als Zehrgeld aufzukaufen.

In neuerlichen, Anfang dieser Woche mit dem Reichswirtschaftsministerium, der Devisenstelle Wien und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung geführten Verhandlungen wurde die Bereitstellung zusätzlicher Devisenbeträge auf dem Wege des Altrententransfer-Verfahrens in Aussicht gestellt. Zur Verhinderung der Mißstände, die bei der Durchführung durch die Altrenten-Gesellschaft in den früheren Jahren aufgetreten waren, wurde vereinbart, daß die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Kontrolle über die zur Verteilung gelangenden Devisen aus dem Altrenten-Fonds im engsten Einvernehmen mit der Devisenstelle Wien führt.

139



Tgnacmf-

86

Nach den bisherigen Feststellungen wurden durch die Zentralstelle etwa 25.000 Juden zur Abwanderung gebracht, sodass sich die Gesamtzahl der ausgewanderten Juden aus Österreich auf etwa 50.000 beläuft.

Finanzielle Belastungen entstehen dem SD-Oberabschnitt Donau durch die Errichtung der Zentralstelle nicht, da sie sich und ihre Mitarbeiter durch einen von jedem auswandernden Juden zu bezahlenden höheren Beitrag selbst finanziert.

Im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden, wird vorgeschlagen, unter Bezugnahme auf das hiesige Schreiben vom 13.1.38, in dem die Errichtung einer derartigen Auswanderungsstelle vorgeschlagen wurde, die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Massnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen. Es darf dabei bemerkt werden, dass das Reichswirtschaftsministerium zur Entlastung seiner eigenen Dienststellen eine derartige Gründung begrüssen würde.

II

V f g .

11 I 54 3. Mi/38 11/5/11

Vorschlag: Vorlage C

II
h
3/11

II
h
11/11

II 11/11
7/11

1057/38

7/5/1

Tyracuf.

90

A b s c h r i f t :

Der Reichskommissar für die Wien, den 20.8.1938
Wiedervereinigung Österreichs
mit dem Deutschen Reich.
Stab.

An

sämtliche Partei- und Staatsdienststellen in Österreich

Bei der Auswanderung von Juden haben sich unliebsame Störungen und Verzögerungen ergeben; außerdem wurde die Frage der jüdischen Auswanderung von einzelnen Dienststellen unzweckmäßig behandelt.

Zur Förderung und beschleunigten Regelung der Auswanderung der Juden aus Österreich wird daher die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien IV, Prinz Eugenstr. 22, Tel.: U 40 060 errichtet.

Die Zentralstelle hat im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen für die Erledigung folgender Aufgaben zu sorgen:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreise genehmigungen mit den zuständigen deutschen oder anderen Auswanderungsorganisationen.
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen.
3. Einrichtung und Überwachung von Umschulungsstätten.
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften, um die technische Durchführung der Ausreise zu gewährleisten.
5. Überwachung der jüdisch-politischen und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage.
6. Herausgabe von Richtlinien und ständige Führungnahme mit allen für die Abwanderung von Juden aus Österreich in Frage kommenden Stellen, insbesondere

140



Traceup

- a. mit dem Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich
- b. dem Reichsstatthalter in Österreich,
- c. den Gauleitungen der NSDAP
- d. mit der Österr. Landesregierung
- e. mit der Geheimen Staatspolizei
- f. mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
- g. mit der Devisenstelle,
- h. mit dem Oberbürgermeister der Stadt Wien,
- i. mit der Bezirkshauptmannschaft
- k. mit dem Zentraltax- und Gebührenbemessungsamt
- l. mit dem Magistrat,
- m. mit den Steueradministrationen und den Finanzbehörden
- n. mit dem Paßamt der Polizeidirektion Wien
- o. mit der Polizeidirektion Wanderungsamt
- p. mit den Polizeikommissariaten, Korrespondenzbüro der Polizeidirektion,
- q. mit dem Zentralmeldungsamt

Alle Parteidienststellen und Behörden werden angewiesen, alle Auswanderungsansuchen zunächst ohne weitere eigene Verfügung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sofort weiterzuleiten und alle auswanderungslustigen Juden an diese zu verweisen. Juden, die auswandern wollen, haben sich künftighin nur noch an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu wenden. Diese regelt das weitere Verfahren, beschafft insbesondere von den zuständigen Stellen die zur Auswanderung notwendigen Bescheinigungen und überwacht die endgültige Auswanderung.

Diese Regelung gilt zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau. Das Verfahren in den übrigen Gauen regelt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Benehmen mit den zuständigen Gauleitern.

Die Bildung einer Zentralstelle für jüdische Planung im Zusammenhang mit der Zentralstelle für jüdische

151



92
Auswanderung bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstellen beauftrage ich den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer Regierungsdirektor Dr. S t a h l e c k e r . Er erhält hiermit die zur Durchführung seines Auftrages notwendigen Vollmachten. Insbesondere kann er die Abordnung von Beamten der an der Auswanderung beteiligten Behörden zur Zentralstelle für jüdische Auswanderung verlangen.

Heil Hitler!

gez. B ü r c k e l

Gauleiter

f.d.R.

gez. Dr. K e r n

153



19.11.38.

II 1104

Aktennotiz

Staf. Six bittet, folgendes zu veranlassen:

Der Hauptschriftleiter des V.B. Wien hat eine Besichtigung der Zentralstelle für Juden in Wien vorgenommen und einen Bericht darüber ~~zur Genehmigung~~ an H-Gruf. Heydrich weitergeleitet, mit der Bitte um Genehmigung, diesen Bericht veröffentlichen zu dürfen. Staf. Six bittet, bei H-Stuf. Neumann anzufragen, ob C. der Bericht vorgelegen hat.

Bis 14,00 Uhr muss Nachricht an SD-Führer Donau gegeben werden, ob die Veröffentlichung genehmigt ist.

gitt

H-Scharführer.

Staf. Six (H in Wien)

Zentralstelle

Staf. Six

157



Трамп-

95

NSDAP

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

Empfänger				Absender				Raum für Eingangsstempel
Nr.	Monat	Jahr	Zeit	Nr.	Monat	Jahr	Zeit	
von				19. 11. 34 1345				<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 100%; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Verfügungsbefehl</div> </div>
durch				durch				
Nr. 72306								
<div style="display: flex; justify-content: space-between; font-size: small;"> XXXXXXXXXXXX Geheim Geheim </div>								

II 1

Eh./Br.

An den B l i t z !
 Inspekteur der Sicherheitspolizei
 SS-Standartenführer S t a h l e c k e r ,
 W i e n .
 - - - - -

Betr.: Pressenotiz über die Zentralstelle für jüdische Aus-
 wanderung.

Die zur Veröffentlichung bestimmte Pressenotiz liegt dem Gruppenführer vor, der sich jedoch zurzeit in München bei dem Fechtturnier befindet.

Die Adjutantur des Gruppenführers versucht soeben, die Entscheidung des Gruppenführers in München einzuholen und wird veranlassen, dass SS-Standartenführer Stahlecker unmittelbar von München aus von der Entscheidung des Gruppenführers in Kenntnis gesetzt wird.

Es erscheint hier zweckmäßig, sich notfalls von Wien aus unmittelbar mit dem SD-Führer Süd in München dieserhalb in Verbindung zu setzen.

Der Leiter der Zentralabteilung II 1

i.V.

SS-Strumbannführer.

Handwritten: 14. 11. 34, 1345

657



Трацев

96

RTG
Sicherheits-Dienst

91

KG-Kontrollstreifen Nr. 12306

Aufgegeben am: 19/11. 38

Zeit: 1347

Durch: 211

An Abteilung: 11/1

+ B L I T Z , SD- H- AMT BERLIN 72 306 19.11.38 1347 NA ==
= II /1 ==

= AN DEN INSPEKTEUR DER SICHERHEITSPOLIZEI
SS- STANDARTENFUEHRER S T A H L E C K E R , WIEN ==

= BETR: PRESSENOTIZ UEBER DIE ZENTRALSTELLE FUER JUEDISCHE
AUSWANDERUNG ==

= DIE ZUR VEROEFFENTLICHUNG BESTIMMTE PRESSENOTIZ LIEGT
DEM GRUPPENFUEHRER VOR, DER SICH JEDOCH ZURZEIT IN MUENCHEN
BEI DEM FECHTTURNIER BEFINDET.

DIE ADJUTANTUR DES GRUPPENFUEHRERS VERSUCHT SOEBEN, DIE
ENTSCHEIDUNG E DES GRUPPENFUEHRERS IN MUENCHEN EINZUHOLEN UND
WIRD VERANLASSEN, DASS SS- STANDARTENFUEHRER

S T A H L E C K E R UNMITTELBAR VON MUENCHEN AUS VON DER
ENTSCHEIDUNG DES GRUPPENFUEHRERS IN KENNTNIS GESETZT WIRD.
ES ERSCHEINT HIER ZWECKMAESSIG, SICH NOTFALLS VON WIEN AUS
UNMITTELBAR MIT DEM SD- FUEHRER SUEB IN MUENCHEN DIESERHALB
IN VERBINDUNG ZU SETZEN ==

= DER LEITE R DER ZENTRALABTEILUNG II 1

I. V. GEZ. EHRLINGER SS- STUBAF =

2

Грассул -

NSDAP Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

98

Eingangsstelle
am 18.10.1938 ab 16.12
Sicherheitsdienst

Aufgenommen				Befördert				Raum für Eingangsstempel
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
20	11	38	10.15					<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 0 auto; width: 150px;"> <p>SS-Sicherheitsdienst</p> <p>100043 21 NOV 1938</p> <p>Sicherheitsdienst</p> </div>
von	durch			an	durch			
				Verzögerungsmerkmale				
Nr. 43 343								
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch								

++ SD DONAU NR.9740 21.11.38 1450 == PE ==

DRINGEND HEUTE NOCH VORLEGEN . ==

Dienstnotiz an SS OBERSTUF HAGEN, SD H AMT 11112 ==

AUF DER ZENTRALE FUER JUEDISCHE AUSWANDERUNG ERSCHIENEN HEUTE WIEDERUM ZWEI GENERAELE DER WEHRMACHT MIT FERTIG AUSGEARBEITETEN PLAENEN WORAUS ERSICHTLICH WAR, DASS SIE DAS PALAIS PRINZ-EUGENSTRASSE 22 SCHON BEZUEGLICH SEINER KUEFTIGEN VERWENDUNG GENAUEST EINGETEILT HATTEN. == AUS DEN BEMERKUNGEN DER BEIDEN GENERAELE GING AUCH HERVOR, DASS MAN NUN ERNSTLICH DARAN DENKE, HIER EINE STELLE NICHT NUR FUER DAS HEER, SONDERN AUCH FUER DIE LUFTWAFFE ZU SCHAFFEN. == DA SICH DER SS STANDARTENFUEHRER DR. STAHLCKER ZUR ZEIT IN BERLIN AUFHAELT, WIRD GEBETEN IHN DAVON IN KENNTNIS ZU SETZEN . ==

12/11.38. 1.)

11

11.11.38. 2.)

EICHMANN SS OBERSTUF ++++

11.11.38.

15



B

G II 112
23-3

1. Vermerk:

Betr.: Gebäude der Zentralstelle für jüdische Auswanderung

in Wien, Prinz Eugenstr. 22.

Der Oberabschnitt Donau übermittelt durch

SS-H'Sturmführer Knochen folgende Meldung:

Es sind Bestrebungen im Gange, das Gebäude der Zentralstelle in Wien von der Wehrmacht übernehmen zu lassen. Die Wehrmacht beabsichtigt, ein Offizierskasino zu errichten. Es war bereits ein Beauftragter Görings - der Reichstreuhänder für die Verwaltung des Rothschild'schen Vermögens - vorstellig geworden, um die Räumung zu betreiben.

Eichmann weist darauf hin, dass täglich etwa 800 - 1.000 Juden in der Zentralstelle erscheinen und dass die Lage der Zentralstelle für den Riesenbetrieb günstig ist. Es erscheint nicht tragbar, diese Stelle aus dem Palais zu entfernen, da es sich ausserdem um ein Büro des Reichskommissars Bürckel handelt.

Es wird gebeten, Entsprechendes zu veranlassen und zu vermeiden, dass die Wehrmacht das Gebäude übernimmt.

2. Es wird vorgeschlagen, folgendes Schreiben beim Chef der Sicherheitspolizei zur Vorlage zu bringen:

M e l d u n g

G II 112
23-3

Betr.: Gebäude der Zentralstelle für jüdische Auswanderung
in Wien, Prinz Eugenstr. 22.

Vorg.: Hies. Vorlage vom 3.11.38.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in
Wien wurde nach Errichtung durch Erlass des Reichskommissars

Handwritten note:
Betreff: für mittlere, vgl. Kopieung des Repert. vom
Jahresanfang 1939 in Wien. Hies. Hies. Hies. Hies. Hies.

191



Трачук

für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 20.8.38 im Palais des inhaftierten Inhabers des Bankvermögens Rothschild, Louis Rothschild, Wien IV., Frinz Eugenstr.22 untergebracht.

Nach Mitteilung des Oberabschnittes Donau sind jetzt Bestrebungen im Gange, das Gebäude der Wehrmacht zur Einrichtung eines Offizierskasinos zu übergeben. Zur Betreuung der Räumung ist bereits als Beauftragter des Generalfeldmarschalls Göring, der Reichstreuhänder für die Verwaltung des Rothschild-Vermögens vorstellig geworden.

Im Hinblick darauf, dass die Abwicklung der für die Auswanderung der Juden unerlässlichen Geschäfte, infolge des starken Personenverkehrs von etwa 800 - 1.000 Juden, täglich nur in einem grossen Gebäude erfolgen kann, wird vorgeschlagen, Generalfeldmarschall Göring von dem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen und ihn um die Einstellung der Räumungsbestrebungen zu bitten.

I 1

I M

II 112

12/11

169



102

II/12

Kn/Sc.

Berlin, den 8. November 1938.

Vfg.

An II/112

1.

im Hause

Betr.: Oberabschnitt D o m a u - Besprechung
mit 4-O'Stuf. E i c h m a n n .

Anlässlich einer Besprechung in Wien mit 4-Obersturmführer Eichmann äusserte dieser folgende Wünsche:

- 1.) Vom SD-Hauptamt möchten Presse-Ausschnitte gefertigt werden, über die Slowakei in Verbindung mit der Frage des Judentums.

Eichmann bittet darum, diese Ausschnitte an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien zu schicken.

Es sind Bestrebungen im Gange, das Gebäude der Zentralstelle in Wien von der Wehrmacht übernehmen zu lassen. Die Wehrmacht beabsichtigt, ein Offizierskasino zu errichten. Es war bereits ein Beauftragter Görings - der Reichstreuhänder für die Verwaltung des Rotschild'schen Vermögens - vorstellig geworden, um die Räumung zu betreiben.

Eichmann weist darauf hin, dass täglich etwa 800-1000 Juden in der Zentralstelle erscheinen und dass die Lage der Zentralstelle für den Riesenbetrieb günstig ist. Es erscheint nicht tragbar,

2.1)
Die off. Ansicht
der Reichswehr
ist jedoch: 4-Oberst
der Reichswehr, auf
min. min. 4-Oberst
gegründet.

Im
An *an* *an*

1/25



Tyranul-

diese Stelle aus dem Palais zu entfernen, da es sich ausserdem um ein Büro des Reichskommissars Bückel handelt.

Es wird gebeten, Entsprechendes zu veranlassen und zu vermeiden, dass die Wehrmacht das Gebäude übernimmt.

3.) Der Sachaktenplan für II/112 bedarf noch der Ergänzung.

~~Es wurde entsprechend angenommen.~~

2. II/1 Stbf. nach Rückkehr z.Ktn.

3. Z.d.A. II/12.

Hauptsturmführer.

Abh. an IMZ Hagen gegeben
10.11.28
G. Klein

111



Траект -

187

NSDAP

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen			Befördert			Raum für Eingangsstempel		
Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr		Zeit	
durch			an				durch	
			Verzögerungsvermerk					
Nr.								
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch								

G II 112
18 - 3

Hg/Be

Vor.
=====

I. Schreibe.

An den

SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau, II 112,
z.H.v. SS-Obersturmführer Eichmann

W i e n

Betr.: Aufenthalt des Reg.Rates Lischka II B Gestapa in
Wien am 5.11.1938.

4) Reg.Rat Lischka wird anlässlich der OA-Führer-
tagung in Wien Gelegenheit nehmen, am Sonnabend, den 5.11.38
zusammen mit Ass. Lange Staatspolizeileitstelle, die offi-
zielle Stellungnahme des Geheimen Staatspolizeiamtes und
des Auswärtigen Amtes zur illegalen Auswanderung zu be-
sprechen. Zugrunde liegt die mit der belgischen Polizei-
getroffene Passabmachung vom 22.10.1938.

4.) Es wurde mit Reg.Rat Lischka vereinbart, dass
im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex auch der Fall
Gildemeester-Aktion - Rajakowic besprochen wird. Über den
Sachverhalt wurde er bereits in Kürze unterrichtet, sowie
von der Absicht, die Verbindung zu Rajakowic vollständig
abzubrechen.

4.) Ausserdem wird gebeten, ihm einen erschöpfenden
Einblick in die Arbeit der Zentralstelle zu geben und ihn

179



RTCC

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

104

Aufgenommen			Befördert				Raum für Eingangsstempel
Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
durch			an durch				
			Verzögerungsvermerk				
Nr.							
Telegramm — Funkpruch — Fernschreiben — Fernspruch							

dabei mit den gesamten Fragen der jüdischen Auswanderung aus Österreich bekanntzumachen.

4. Krumpholtz'sche Hofinger nimmt an der Überprüfung teil.

II 1

II 11

II 11a
— 11.

Fin 2/11

Bin

181



Գրամ

II 112 4
C 15

Hg/Be

M e l d u n g

SD-Hauptamt	Bel.
174085	2 5 NOV. 1938
<i>Lin</i>	

Chef der Sicherheitspolizei
Adjutant

Betr.: Pressenotiz über die Zentralstelle für jüdische
Auswanderung, Wien.

23. NOV. 1938

Anliegend wird die Wiener Ausgabe des VB vom
20.11.38 mit einem Artikel über die Zentralstelle für
jüdische Auswanderung in Wien vorgelegt.

Der Aufsatz wurde veröffentlicht, obwohl der
Inspekteur der Sicherheitspolizei die Schriftleitung
des VB ersucht hatte, mit der Veröffentlichung bis zum
Eintreffen der Entscheidung des Chefs der Sicherheitspolizei
zu warten.

Sachlich ist gegen den Artikel nichts einzu-
wenden, vielmehr wird er zur Förderung des hies. Vorschlages
zur Errichtung einer Reichszentralstelle für jüdische
Auswanderung in Berlin beitragen.

Vorschlag: Vorlage C.

II

29.11.38

123



Gracul-

W

Abschrift

Der Inspekteur der Sicherheitspolizei
(Stempel)

S II B 4 - 24⁰/38.

Wien, den 27. August 1938.

An den
Herrn Landeshauptmann für Niederdonau

Wien I
Herrengasse 13.

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

Durch Erlass des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ist eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung errichtet worden, mit deren Leitung ich beauftragt wurde. Nach dem Erlass des Reichskommissars ist die Zentralstelle zunächst zuständig für die Gaue Wien und Niederdonau. Bis zur Vereinbarung der genauen Richtlinien mit der Landeshauptmannschaft Niederdonau bitte ich die Bezirkshauptmannschaften anzuweisen, bei jüdischen Auswanderungen wie bisher zu verfahren. Ich werde mir erlauben, zur Regelung der jüdischen Auswanderung in Zeitkürze mich unmittelbar mit der Landeshauptmannschaft in Verbindung zu setzen.

Der Inspekteur der Sicherheitspolizei

gez. Dr. Stahlecker.

199



W

RJGG
Sicherheits-Dienst

J

JS-Kontrollstreifen Nr. 75 276

Aufgegeben am: 11.12.38

Datt: 11.12.38 durch: J.

An Abteilung: 11

SD-H.AMT NR. 75 276 10.12.38 1055 GE==

G II 112 18-4 HG: PI ==

AN EN SDFUEHRER DES SS OA DONAU, Z. HD. SS O.STUF.
E I C H M A N N , WIEN. ----

BETR: KAMERADSCHAFTSABEND DER ZENTRALSTELLE FUER JUEDISCHE
AUSWANDERUNG. ----

VORG: TEL. RUECKSPR. II 112 MIT SS O. STUF. EICHAMNNN AM
28.11.38 U. DORT. SCHREIBEN V. 2.12. ==

. ES WIRD MITGETEILT , DASS EIN VERTRETER DES SD-H.AMTES
AN DEM KAMERADSCHAFTSABEND DER ZENTRALE FUER JUEDISCHE
AUSWANDERUNG AM 12.12. NICHT TEILNEHMEN WIRD . ==

= DER CHEF DES S SICHERHEITSHAUPTAMTES I.A.

. DER LEITER DER ZENTRALABTELUNG II 1

GEZ. DR. S I X SS- STANDARTENF. ==

203



Трудов

FS

123

II 112 4

C 15

Hg/Pi

Noch heute!

16.2.39

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, -
Abnahme der Auswanderungszahl.

1. V e r m e r k :

SS-H'Stuf. Eichmann teilte heute telephonisch mit, daß seit dem Besuch der Dezernenten der Reichsvertretung der Juden in Deutschland (Reichsvereinigung) das Tagesmittel der jüdischen Auswanderung von rund 600 auf 237 Personen zurückgegangen sei. Seit dem gleichen Zeitpunkt sind die Leiter der Isr. Kultusgemeinde, Wien, bestrebt gewesen, nach Möglichkeit K.Z.-Häftlinge zur Auswanderung zu bringen. Nicht inhaftierte Personen wurden z.T. bei der Auswanderung übergangen.

SS-H'Stuf. Eichmann schlug vor, durch einen Erlaß des Geh. Staatspolizeiamtes an die Stapoleitstelle Wien die Enthaftungsaktion von Juden aus der Ostmark aus den K.Z. Dachau und Buchenwald solange einstellen zu lassen, als die Auswanderung wieder ihre normale Höhe erreicht hat. Er bat um sofortige Mitteilung.

2. Der Sachverhalt und Vorschlag wurden zugleich SS-Stubaf. Lischka mitgeteilt, der Rücksprache bei SS-Staf. Müller für notwendig hielt.

3. Nach tel. Mitteilung von SS-Stubaf. Lischka hat SS-Staf. Müller entschieden, daß die Enthaftungsaktion keinesfalls gestoppt werden dürfe, daß er aber anheimstelle, durch andere Mittel die Auswanderung wieder auf den gleichen Stand zu bringen. Vorgeschlagen wurde u.a., der Isr. Kultusgemeinde, Wien, zu eröffnen, daß entlassene K.Z.-Häftlinge solange nicht bei der Zentralstelle für jüd. Auswanderung abgefertigt werden, bis nicht eine normale Auswanderungsziffer erreicht sei. Es wird deshalb folgendes FS an O.A. Donau abgesandt:

24A: Zusammenh. von / bis

205



NSG Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Übermittlung

124

Empfänger				Absender				Raum für Eingangsstempel
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
von				an				Verfügungsberechtigt
Nr.								
Telegraphisch — Fernschreiben — Fernsprecht								

II 112 4

C 15

Hg/Pi

An den

SD-Führer des SS-O.A. D o n a u
z.H. SS-H' Stuf. E i c h m a n n,
W i e n

Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, - Abnahme der Auswanderungszahl.

Vorg.: Anruf bei II 112 vom 16.2.

Der Leiter II des Geh. Staatspolizeiamtes, SS-Staf. Müller, hat zu dem dortigen Vorschlag entschieden, daß eine Einstellung der Enthaftungsaktion von Juden aus den Konzentrationslagern aus bestimmten Gründen nicht in Erwägung gezogen werden könne.

Im Einvernehmen mit dem Geh. Staatspolizeiamt wird deshalb vorgeschlagen, der Isr. Kultusgemeinde, Wien, zu eröffnen, daß solange ~~entlassene~~ K.Z.-Häftlinge von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nicht abgefertigt werden, als nicht das normale Tagesmittel an jüdischen Auswanderern erreicht wird. *Es wird empfohlen, diesen nicht zum Kopieren.*

Bezüglich der dortigen Vermutung, daß die Dezernenten der Reichsvereinigung der Juden aus dem alten Reichsgebiet

*Man wird hoffentlich die Auswanderung zu veranlassen.
Diese dürfen sich bei der Auswanderung zu veranlassen.
Auswanderungsleistungen: Hoffentlich nicht zu veranlassen.*

807



Трудовой -

210



128

RTSG
Sicherheits-Dienst

MM

TS-Kontrollstreifen Nr. 7372.

Aufgegeben am: 17.2.39.

Zeit: 1217. durch: WEL. - -

An Abteilung: II/112 4

+ DR. SD H'AMT,

C 15.- HG/Pl. - -

AN DEN SD FUEHRER DES SS OA DONAU,

Z.HD. SS- H'STUF. E I C H M A N N . - -

. BETR.: ZENTRALE FUER JUEDISCHE AUSWANDERUNG , WIEN, -
ABNAHME DER AUSWANDERUNGSZAHL. - -

VORG.: ANRUF BEI II/112 V. 16.2.- - -

DER LEITER II DES GEH. STAATSPOLIZEIAMTES, SS- STAF. MUELLER, HAT ZU DEM DORT. VORSCHLAG ENTSCIEDEN, DASS EINE EINSTELLUNG DER ENTHAFTUNGSAKTION VON JUDEN AUS DEN KONZENTRATIONSLAGERN AUS BESTIMMTEN GRUENDEN NICHT IN ERWAEGUNG GEZOGEN WERDEN KANN. - -

IM EINVERNEHMEN MIT DEM GEH. STAATSPOLIZEIAMT WIRD DESHALB VORGESCHLAGEN, DER ISR. KULTUSGEMEINDE, WIEN, ZU EROEFFNEN, DASS SOLANGE K.Z.-HAEFTLINGE VON DER ZENTRALSTELLE FUER JUEDISCHE AUSWANDERUNG NICHT ABGEFERTIGT WERDEN, ALS NICHT DAS NORMALE TAGESMITTEL AN JUEDISCHEN AUSWANDERERN ERREICHT WIRD. ES WIRD ANHEIMGESTELLT, AUCH ANDERE WIRKSAME MASSNAHMEN ZUR ERHOEHUNG DER AUSWANDERUNG ZU ERGREIFEN. DIESE DUERFEN JEDOCH DIE AUSNUTZUNG DER VORHANDENEN AUSWANDERUNGSMOEGlichkeiten NICHT ERSCHWEREN. -
BEZGL. DER DORT. VERMUTUNG, DASS DIE DEZERNENTEN DER REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN AUS DEM ALTEN REICHSGEBIET DEN RUECKGANG DER AUSWANDERUNGSZIFFER DURCH INTERVENTION BEI DER ISR. KULTUSGEMEINDE IN WIEN VERANLASST HABEN, WIRD MITGETEILT, DASS DIE VERANTWORTLICHEN JUDEN HIER MORGEN VERNOMMEN WERDEN. - -

8/5



**Zentralstelle
für
jüd. Auswanderung**
S 1 - 988/39 Eoh/L

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen
und Datum anzuordnen.

Wien, IV., den 10. Mai
Prinz Eugenstraße 22
Fernsprecher U 45-4-40 und U 45-4-45

73635		24 MAI 1939
JAN		

24. Mai 1939

An das

SD-Hauptamt, II/ 112,
z.H.⁴-Hauptsturmführer Hagen,

B e r l i n,
SW 68, Wilhelmstrasse 102.

Betrifft: Fehlbemessungen.

Vorgang : Mündliche Rücksprache zwischen 4-H-Stuf.
Eichmann und Pg. Otto v. Bolschwing am 9.5.39.

Anlage : 1.

Unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Rücksprache wird in der Anlage zur dortigen gefälligen Kenntnisnahme eine Aufstellung überreicht, in der einige wenige Fälle aufgezeigt werden, woraus ersichtlich ist, wie die jüdischen Organisationen, obwohl sie selbst das grösste Interesse an Reichsmarkeingängen haben müssten, sei es bewusst oder unbewusst, Bemessungen bezüglich der Abgabe festlegen, die in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Vermögen des jüdischen Antragstellers stehen.

Da sich die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Nachkontrolle der Bemessungen vorbehalten hat, gelang es, diese Fehlbemessungen auf Grund der erfolgten Prüfungen festzustellen. Auf diese Art und Weise sind bisher, wie die Feststellungen ergeben haben, an Nachbemessungen RM 1,360.400.- in barem eingegangen.

Zeit. Zentrum für
f. pers. Auswertung, Bm.

8/17



130

Die immer grösser werdende Verarmung der jüdischen Massen zwingt zu diesen Massnahmen, da gegen Schluss der Auswanderung Juden mosaischer Konfession (in der Ostmark voraussichtlich im Frühjahr 1940), zweifellos erhöhte Reichsmarkbeträge für den Abtransport dieser zuletzt völlig mittellosen Juden bereitstellen müssen.



Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung:

H. V. Eichenau

Einschreiben !

8/9



132
II 112 ~~4~~

C 15

Hg/P1

16.5.39

Betr.: Jüdische Auswanderung aus der Ostmark

I. V e r m e r k :

Der Unterzeichnete hat sich weisungsgemäß am 13.5. mit SS-H'Stuf. Eichmann in Verbindung gesetzt, um Möglichkeiten zur Ausweitung der jüdischen Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet ausfindig zu machen. SS-O'Stubaf. Vollheim wurde informationshalber aufgesucht.

SS-U'Stuf. Schröder, der Bearbeiter der Referate IIIII und II 112 beim O.A., war nicht anwesend und konnte deshalb nicht einbezogen werden.

1. Die Auswanderungsziffern für die Ostmark sind trotz der erschwerten Einwanderungsbedingungen auf fast gleicher Höhe geblieben wie in den vergangenen Monaten. Dies wurde vornehmlich durch eine dauernde Bearbeitung der jüdischen ausländischen Organisationen (Reisen der Funktionäre der Isr. Kultusgemeinde Wien und des Palästina-Amtes), durch die Erhöhung der sog. China-Transporte und durch die Forcierung der Umschulung erreicht.

a. Finanzstand:

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung verfügt gegenwärtig über einen Fonds von 110 000 Dollar, die ohne Zahlung eines Gegenwertes vom Ausland für die Auswanderung zur Verfügung gestellt wurden. Die Beschaffung der Devisen für die nächsten Monate soll durch eine Mitte dieser Woche erfolgende Reise des Leiters der Isr. Kultusgemeinde Wien, Löwenherz, in die Wege geleitet werden.

Dem unter Leitung des Inspektors der Sicher-

21



heitspolizei stehenden Wanderungsfonds (Geschäftsführer SS-O'Stuf. Krauß, juristischer Beirat Pg. Dr. Rajakowitsch) stehen 4 Millionen RM zur Verfügung, die durch die Auswanderungsabgabe der Juden bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung eingekommen sind. Aus dem Fonds werden solche Auswanderungstransporte minderbemittelter Juden finanziert, für die die Mittel der Isr. Kultusgemeinde nicht ausreichen. (U.a. wurden die Kosten des letzten China-Transportes hieraus bestritten). Da in diesem Fonds - der eine öffentlich rechtliche Körperschaft darstellt - die Mittel aus dem von der Stapo sichergestellten Kufner-Vermögen aufgegangen sind, ist bei Bereitstellung von Finanzmitteln die Gegenzeichnung des Stapoleiters erforderlich.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung hat 2 3/4 Millionen RM in barem Geld zu ihrer Verfügung, aus denen die Mittel für die sachlichen Anschaffungen der Stelle entnommen werden. Beabsichtigt ist, diesen Fonds später bei Abnahme der zur Verfügung stehenden Mittel der Isr. Kultusgemeinde zur Finanzierung der restlichen Auswanderung und der jüdischen Altershilfe zu verwenden. Über diesen Fonds verfügt ausschließlich der Inspekteur der Sicherheitspolizei bzw. dessen Stellvertreter als Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, SS-H'Stuf. Eichmann.

Abgabe an das Finanzministerium oder an ähnliche Reichsstellen erfolgen nicht.

b. China-Transporte:

Da die früheren Immigrationsländer sich in zunehmendem Maße einer weiteren jüdischen Einwanderung verschließen, hat die Zentralstelle eine Erhöhung der China-transporte herbeigeführt (die Transporte werden zumeist illegal in Palästina gelandet). Aus diesem Grunde wurden auch direkte Verbindungen mit deutschen Reedereien aufgenommen mit dem Ergebnis, daß für den nächsten tatsächlichen China-Transport ein Dampfer der Hapag zur Verfügung gestellt wird. (Der Grund hierfür ist, daß den deutschen

223



Reedereien ab 31. Mai alle Devisenmittel für Vergnügungsfahrten gestrichen werden).

Im allgemeinen wurden bisher Dampfer griechischer Nationalität und auch italienischer Nationalität gechartert. Die Verwendung griechischer Dampfer soll jedoch zukünftig unterbleiben, da zu befürchten ist, daß die englische Mandatsregierung in Palästina weitere illegale Transporte endgültig abstoppen wird.

c. Reisen jüdischer Funktionäre:

NachMitteilung von SS-H' Stuf. Eichmann sind im allgemeinen 14 jüdische Funktionäre auf Reisen im Ausland; während 2 Juden die notwendigen Devisen hereinholen, sind die restlichen beauftragt, zusätzliche Auswanderungsplätze zu beschaffen.

Zur Sicherung des Zertifikatsanteils der Ostmark wurden nach Palästina der Jude Rotenberg entsandt. Er hat den Auftrag, die Hälfte der im Rahmen der Schedule vergebenen Zertifikate für die Ostmark sicherzustellen. (Diesen Auftrag wird er kaum erfüllen können, da auch Polen stärker an der Zertifikatszuteilung beteiligt^{zu} werden wünscht).

d. Umschulung:

Die Umschulung von Juden auf landwirtschaftliche Berufe erfolgt durch direkte Abmachung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung mit arischen Bauern, Gärtnern usw. in der Provinz. Infolge dauernder Proteste der örtlichen Bauernführer gegen dieses Verfahren (behauptet wird beständig ein provozierendes Auftreten der Juden oder Begünstigung gewisser arischer Geschäfte bei der Tätigkeit der Einkäufe der jüdischen landwirtschaftlichen Schüler, obwohl sie strengstens beaufsichtigt werden) hat sich die Zentralstelle mit Genehmigung des Inspektors der Sicherheitspolizei entschlossen, zwei eigene Güter für die Umschulung einzurichten. Eins wurde

25



Трудов

bereits in der Nähe von Linz aufgekauft.

Diese Juden können auch bei größten Einwanderungsschwierigkeiten im Ausland noch eine Unterkunftsmöglichkeit finden.

So hat sich u.a. auf Grund direkter Verhandlungen der bolivianische Generalkonsul in Wien bereit erklärt, mehrere hundert landwirtschaftlich geschulter Juden im September d.J. in seinem Heimatland aufzunehmen. Den Juden wird im allgemeinen ein Schulungszeugnis über einen größeren Zeitraum als den von ihnen abgedienten Monaten ausgehändigt.

2. Konzentration der Juden in Wien:

Die Konzentration der Juden in Wien ist bis auf einige hundert Juden in der Provinz, die in den nächsten Wochen wahrscheinlich abtransportiert werden, durchgeführt. Insgesamt handelt es sich um 800 Juden mosaischen Bekenntnisses.

3. Lazar:

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung warnt vor der Zusammenarbeit mit einem gewissen Lazar, der nach Mitteilung der Stapo auf Grund einer Information der A.O. armenischer Jude ist und deshalb aus der Partei ausgeschlossen wurde (RR. Lischka teilt hierzu mit, daß diese Information nicht zutreffen könne, da der Bruder des L. angeblich Legationsrat im A.A. ist. Mit Lazar steht der bei der Reichszentralstelle für jüdische Auswanderung bekannte Pg. Höpfner in Verbindung).

Lazar soll für seine Transporte Dampfer der ehem. rotspanischen Regierung gechartert haben. Außerdem liegt seit 5 Wochen ein von L. gecharterter Dampfer in Sušak. Durch seine Geschäftsgebarung soll jede weitere jüdische Auswanderung über Jugoslawien unterbunden worden sein.

227



Исполн-

4. Soziale Verhältnisse:

Gegenwärtig, nach Beendigung der Winterhilfe, werden 33 000 Juden täglich in Wien durch die Isr. Kultusgemeinde ausgespeist.

5. Devisenverbindung über Danzig:

Auf Grund einer bereits im SD-Hauptamt gehaltenen Besprechung wurde beschlossen, dem Leiter II den Vorschlag zu unterbreiten, über Danzig durch Erhöhung der Passagekosten Devisen freizumachen für die jüdische Auswanderung aus dem alten Reichsgebiet bzw. aus der Ostmark.

Bisher wurden bei den Palästina-Transporten der Juden aus Danzig nur 5 £ bezahlt; im Falle der Genehmigung würden diese Kosten zukünftig auf 15 £ erhöht, wobei die Juden angehalten würden, die Devisen auf polnischem Gebiet (Gdingen) zu beschaffen. So würden durch jeden jüdischen Passagier 10 £ frei.

Evtl. können - falls die außenpolitische Situation es erlaubt - auf diese Weise auch durch Bereitstellung des Gegenwertes in RM Devisen beschafft werden.

6. Leiter II vorgelegt m.d.B., II 112 zur Rücksprache beizuziehen.

II 112
 7/ 44- 4pt. 27. 11. 1939
 8/ 44- 0. 1. 1940
 9/ 2014. Zuständige f. jüd. Auswanderung, Z. 11.

229



**Zentralstelle für
jüdische Auswanderung**
Wien IV. Pring Gugenstraße 22

136

Ech/L

Wien, den 8.3.1939.

V e r m e r k .

Eben rief Oberfinanzpräsidium Wien (Dr. Ruthner)
hier an und teilte mit, dass er vom Herrn Reichs-
minister der Finanzen aufgefordert wurde, einen
umfassenden Bericht über die Zusammenarbeit des
Oberfinanzpräsidiums mit der Zentralstelle für jüd.
Auswanderung Wien auszuarbeiten und an ihn weiter-
zuleiten.

Dies zur dortigen Kenntnisnahme.

Wismann
H-Hauptsturmführer.

An
H-H-Stuf.Hagen
am 8.3.39 weitergeleitet.

H
11/11.38
1 HHA: Zentrale f. jüd. Auswanderung, Wien

231



Zentralstelle
für
jüd. Auswanderung
S 1 - 1305/39 Hch/L

Bitte in der Antwort nachstehendes Gefühlszeichen
und Datum anzugeben.

Wien, IV., den 16. Juni 1939.
Prinz Eugenstraße 22
Fernsprecher U 45-4-40 und U 45-4-45

8516	2 JUN. 1939
Bearbeiter:	Thomson:

An das

SD - Hauptamt,
z.H. 4-Hauptsturmführer Hagen,

Berlin, SW 68,
Wilhelmstrasse 102.

Betrifft: Bereitstellung von Mitteln für jüdische
Auswanderer.

Vorgang: Mündliche Rücksprache zwischen 4-H'Stuf.
Hagen und 4-H'Stuf. Eichmann am 15.6.1939.

Anlage: 1.

In der Anlage wird zur dortigen gefälligen
Kenntnissnahme ein Schreiben der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Wien, an den Inspekteur der
Sicherheitspolizei über die Bereitstellung von Reichs-
markbeträgen für mittellose jüdische Auswanderer, unter
Bezugnahme auf die am 15.6.1939 stattgefundene Rück-
sprache zwischen 4-H'Stuf. Hagen und 4-H'Stuf. Eichmann,
mit der Bitte übersandt. erwägen zu wollen, ob von dort
aus an das Geheime Staatspolizei-Amt herangetreten
werden kann, um die bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Wien, erliegenden Reichsmark-
beträge in der Höhe von mehreren Millionen RM an die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, zu über-
weisen.

1/ Raynig/Kinne
2/ zsh. m. u. m

17. Juni
1939



Der Leiter der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung:

1/ Der Vorgang ist auf die Behandlung d.
4-H'Stuf. Eichmann mit der Aufschrift "allern. B. 1."
ausgegeben. 2/ zsh. 3. f. j. d. Wien.

233



138

Abschrift.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Wien
B.Nr. 7430/39 II B 4

Wien I., den 28. April 1939
Morzinplatz 4.

An den
Inspekteur der Sicherheitspolizei

in Wien.

Betrifft: Bereitstellung von RM-Beträgen für mittellose jüdische Auswanderer.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 7.2.1939, B.Nr. 2142/39-70.

Anlagen: Ohne.

Angesichts der Vorschriften über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens sind hier keine Geldbeträge zum Zwecke der Finanzierung der Abwanderung der Juden beschlagnahmt oder eingezogen worden. Die bisherigen Einziehungen erfolgten entweder zu Gunsten des Reiches oder des Landes Österreich oder zu Gunsten der NSDAP.

Durch die frühere Staatspolizeistelle Eisenstadt ist bei der Eisenstädterbank ein Konto "Juden" angelegt worden. Auf dieses Konto wurden durch die ehemalige Staatspolizeistelle Eisenstadt Geldbeträge eingezahlt, die von reichen burgenländischen Juden zur Förderung der Auswanderung ihrer armen Rassegenossen zur Verfügung gestellt worden waren. Diese Geldbeträge sind in der Weise verwendet worden, dass zahlungsunfähigen auswanderungsbereiten Juden des Burgenlandes zugesagt wurde, dass ihnen ein den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles entsprechender Geldbetrag zur Zahlung der Ausreisekosten aus diesem Konto zur Verfügung gestellt wurde. Die Geldbeträge wurden nicht unmittelbar an die Juden ausgezahlt, sondern an diejenigen Reisebüros, bei denen die Juden die Fahrkarten oder Schiffskarten bestellt hatten. Da diese Zahlungen seitens der Geheimen Staatspolizei an die Reisebüros auf unmittelbarem Wege unzweckmässig erschienen, habe ich seit einiger Zeit keine derartigen

235



Zahlungen aus dem Konto "Juden" mehr vornehmen lassen. Ich habe vielmehr einen Teilbetrag dieses Kontos der Zentralstelle für jüdische Auswanderung überwiesen mit der Bitte, es zur Förderung der Auswanderung mittelloser burgenländischer Juden zu verwenden.

Sobald das Konto "Juden" bei der Eisenstädter Bank abgerechnet ist, wird der verbleibende Restbetrag in derselben Weise der Zentralstelle überwiesen werden.

Ausserdem wird zu erwägen sein, ob der Erlös aus den im November 1938 bei den Juden beschlagnahmten Sachwerten der Zentralstelle für jüdische Auswanderung überwiesen wird. Zur Zeit werden diejenigen Sachwerte, deren Eigentümer nicht mehr feststellbar waren, durch das Dorotheum verwertet. Der Erlös wird zunächst auf ein besonderes Konto eingezahlt. Aus dem Erlös werden dann zunächst die Entschädigungsansprüche der ersatzberechtigten Volksgenossen und Juden fremder Staatsangehörigkeit befriedigt. Ferner werden hieraus die durch die Verwaltung und Verwertung der Warenbestände entstehenden Kosten gedeckt. Über den verbleibenden Betrag, der voraussichtlich mehrere Millionen Reichsmark betragen wird, wird dann dem Gestapa berichtet werden. Ich darf darauf hinweisen, dass nach den bisher gültigen Erlassen der Erlös an den Oberfinanzpräsidenten abzuführen wäre. Schliesslich sei noch bemerkt, dass sich im hiesigen Depot eine Reihe von sichergestellten Werten befinden, deren Eigentümer nicht feststellbar sind. Die Abwicklung dieser Depots wird allerdings erst in späterer Zeit möglich sein, da zur Zeit wegen des Beamtenmangels eine Bearbeitung nicht möglich ist. Sobald die Überprüfung des Depots auf die Werte unbekannter Eigentümer durchgeführt ist, werde ich geeignete Vorschläge über die Einziehung und Verwertung machen.

In Vertretung:

Unterschrift unleserlich

Für die Richtigkeit der Abschrift

gez. Halletz

Kanzleiangestellte

Stempel: Der Inspekteur der
Sicherheitspolizei Wien,
Kanzlei 4

538



74

Reichssicherheitshauptamt

Fernschreibstelle

15

Aufgenommen Zeit Tag Monat Jahr von <i>18.9.44</i> durch <i>von</i>		Raum für Eingangsstempel <i>151</i>	Befördert Zeit Tag Monat Jahr an <i>22.9.44</i> durch <i>22.9.44</i>	
FS.-Nr. <i>216 12</i>			Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	

+ KOPHGM 6569 8.9.44 1830 =9EL=

AN DAS RSHA.ROEM. 6 Z. HD. V. H- BRIGADEFUEHRER
 SCHELLENBERG, DIA.- ==

== GEHEIME REICHSSACHE ==

== DRINGEND, SOFORT VORLEGEN=====

BETR: ZER- NETZ DAENEMARK.-

VORG: FS V. 7.9.44 ROEM. 6S.-

ICH BITTE, H- STUBAF. SEIBOLD NICHT VOR DEM 13.9.44 NACH
 HIER IN MARSCH ZU SETZEN, WEIL DIE VORBEREITUNG DER VON
 S. ZU TREFFENDEN MASSNAHMEN EINE SPIELRAUM BIS DAHIN
 ERFORDERT.-

BDS. KOPENHAGEN GEZ. BOVENSIEPEN,

H STAF. U. OBERST D. POL+

Heilbrand

242



75

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Elbing

И В 2 - 80⁷⁰ - 634 Б

3c.-17c.

Bitte in der Antwort vorstehendes
Geschäftszeichen u. Datum anzugeben.

Elbing, den

Öring-Platz 10

Sernsprecher: Nr. 2941 – 2944

10. Dezember 1938

A b s c h r i f t

Ad

die Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
-Referat II B 4 -

in Berlin

Betrifft: Einflussreiche Juden.

Vorgang: Fs. Erlass Nr. 261 672 v. 8.12.38 II B 4 E 109.

An einflussreichen Juden sind im Staatspolizeibezirk Elbing vorhanden!

- 1.) Der Jude Markus, Max N e u m a n n, geb. am 3.6.69 in Wystieten, Reichsdeutscher, mosaisch, verh. mit Rosa, geb. Eger, Fabrikbesitzer, wohnhaft in Elbing, Hindenburgstr. 45,
- 2.) Jude Theodor Dr. N e u m a n n, Sohn des Max Neumann, geb. am 6.7.1903 in Stallupönen, Reichsdeutscher, mosaisch, Amtsrichter i.R., wohnhaft in Elbing, Hindenburgstr. 47 bei den Eltern.

Der Jude Max Neumann besitzt in Elbing eine Pinselfabrik. Er unterhält umfangreiche Auslandsgeschäfte und zwar vorwiegend mit folgenden Staaten:

Australien, Südamerika, Mittelamerika, Skandinavien, Holland, England, englische Kolonien, Kanada, Ägypten, Palästina, Belgien, Griechenland, Türkei und Danzig. Über die Höhe seines Vermögens befragt gab Neumann an, dass ihm nach Abzug seiner Verbindlichkeiten ein Vermögen von etwa 20-30 000 RM verbleiben würde. Zur Zeit wird die Fabrik von dem

Treuhänder,

843



Триасинф.

11

Treuhänder, Dr. E i c h w a l d von der Stadtverwaltung in Elbing, verwaltet. Sein Sohn, Theodor N e u m a n n, wird in dem Unternehmen als Angestellter beschäftigt, der vorwiegend die Auslandskorrespondenz erledigt. Eigene geschäftliche Beziehungen zum Auslande sowie eigenes Privatvermögen besitzt er nicht.

In Vertretung:
gez. Woltersdorf.

An
den SD.-Unterabschnitt Marienwerder
in Elbing

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.

In Vertretung:
gez. Woltersdorf.



beglaubigt:

Komm. Ass. z. Fr.

Kr.

846



76

Zentralabteilung III 1 Krg.- 24/38.
G.Kds.

Berlin.d. -9.FEB.1938

337/38

An die

Zentralabteilung I 2,

im Hause.

Betr.: Arbeiter für Mobsachen.

Vorg.: Stabsbefehl für das SD-Hauptamt Nr.8 v.5.2.38 .

Zu Absatz II obigen Befehls wird, wie bereits mit
hies.Schr. v. 26.4.37 geschehen, SS-Hauptsturmführer Volken-
born als ständiger Bearbeiter von Mobsachen gemeldet.

Für Schreibarbeiten in Mobsachen ist SS-U'Stuf.
Böcker und in seiner Vertretung SS-U'Scharf. Krüger bestimmt
worden.

Der Leiter der Zentralabteilung III 1
i.V.

SS-Hauptsturmführer.

WV.

247



26. April 1937

22

Geheime Kommandosache

An I 11 (Stabskanzlei)


Betr.: Mobbefehl 1 - 3 .

Auf Veranlassung von SS-Oberführer Behrends wird für die Zentralabteilung III 1 SS-Hauptsturmführer Volkenborn als ständiger Bearbeiter von Mobsachen bestimmt.

Für Schreibarbeiten in Mobsachen wird SS-Hauptscharführer Boecker bestimmt.

Vorgänge bzw. Akten, die den Mobfall betreffen, sind bei der Zentralabteilung III 1 nicht vorhanden.

Der Leiter der Zentralabteilung III 1
i.V.


SS-Hauptsturmführer

III 1

III 11



250



77

Linfortzugsgg.
der Infanterie
Führer: 44-Obstf.

Stabschef. 7a
F.: 44-Offizier. Stabschef

Stabschef. 7b
44-Offizier. Stabschef

Linfortzug. 8
44-Offizier. Stabschef

Linfortzug. 9
44-Offizier. Stabschef

Obst. d. Linfort
44-Obstf.

Abteilung I
Leiter: 44-Offizier. Stabschef

- 1.) Unterabteilung des Stabs
- 2.) Unterabteilung zur Infanterie
- 3.) militärischer Linfort
- 4.) Führungsabteilung
- 5.) Verwaltungsführung der RSHA n. p.

Abteilung II
44-Offizier. Stabschef

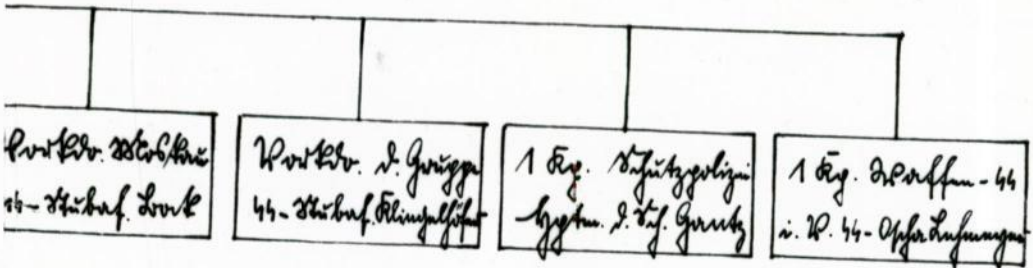
- 1.) Organisation
- 2.) Personalien
- 3.) Personalabteilung
- 4.) Transportabteilung
- 5.) Unterabteilung
- 6.) Unterabteilung
- 7.) Führungsabteilung
- 8.) Führungsabteilung
- 9.) Führungsabteilung
- 10.) Führungsabteilung
- 11.) Führungsabteilung
- 12.) Führungsabteilung

851



Трактат -

B
Ligne n. J. SD
Lone Naimann



Grügge B
Naimann

Adjutant:
44 - Auf. Moosmann

Abteilung III
n. R. 44 - Auf. Dr. Stobbe

Alle verfallenden SD - Angelegenheiten

Abteilung IV
44 - Stab. Stobbe

Alle verfallenden Strafverfahren
Angelegenheiten.

Grügge Naimann
44 - Obf.

253



78

Berlin, den 7 Juli 1937.

96
27

*21/4/37
H. H. H.
3. 7. 37
4*

- 1.) Auf ein Schreiben des Reichsmin. für Volksaufkl.u.Prop.
vom 10.6.37 (mit Eingangsstempel: RFH) ist zu setzen:

Urschriftl.

dem Hauptbüro (S-H.B.),

im Hause

mit einem inhaltlich gleichen Schreiben des Reichs-
ministers für Volksaufklärung und Propaganda vom
22.5.37 gleichen Geschäftszeichens und 3 Heften

"Contra Komintern", Ausgabe April, Mai und Juni 1937,
zur weiteren Veranlassung im Sinne des Schreibens des
Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda
ergebenst weitergesandt.

Einfolgen von [Leit] mit 27.6.37 von I A 3.

Das angezogene Schreiben des Reichsministers
für Volksaufklärung und Propaganda vom 22.4.37 liegt
hier nicht vor.

- 2.) Die vorliegende Angelegenheit wird als "Landessache"
in das Ref. II A des Gestapa übernommen.

- 3.) Reg. II A 4 des Gestapa
zur Eintragung des Vorganges.

2. 7. 37
R-Reg. PP II
zur Löschung.

- 5.) Weiter s.nachfolg.Verfg. des Gestapas gleichen Tages.

I.A.

Handwritten signature

II A (4) Nr. 673/37

Handwritten signature

259



Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
B-Nr. 673/37 - II A 4 -

Berlin, den 7. Juli 1937.

97
28

~~Urban Sch. 435/37, II A 3.~~

1.) Schreiben:

An
den Reichsführer-SS - Sicherheitshauptamt
Berlin.

Betr.: Antikommunistische Propaganda.
Bezug: Ohne.
Anl.: 1 Abschrift und 3 Hefte.

In der Anlage übersende ich ergebenst Abschrift
eines Schreibens des Reichsministers für Volksaufklärung
und Propaganda vom 22.5.37 -II 2411/24.4.37/32-3.3.-
mit 3 bisher erschienenen Ausgaben der "Contra Komintern"
vom April, Mai und Juni 1937 zur Kenntnis und zum dortigen
Verbleib.

+

+

2.) Die restlichen Hefte sind zum Umlauf bei II A zu entnehmen und danach in der bei II A 4 einzurichtenden antikommunistischen Bücherei aufzubewahren.

+

+

3.) Reg. löschen.

4.) Zum Vorgang

"1. antikommunistischer Weltkongreß" bei II A 4.

I.A.

Handwritten signature

Handwritten signature

267



Траасул -

NORDISCHE VERBINDUNGSSTELLE

143
BERLIN W 35, DEN 3. Nov. 1937
VICTORIASTRASSE 7
TEL. 22 97 25
69

In der schwedischen Presse sind in der letzten Woche folgende zur Hetzpropaganda gehörende Artikel erschienen:

Socialdemokraten, Stockholm, 25.X.: "Die Grausamkeiten in den Hitlerlagern setzen fort. Die Opfer der Gestapo jetzt eingesperrt, bis sie der Tod befreit."

Göteborgs-Tidningen, Göttenburg, 25.X.: "Görings Büttel feiern Orgien der Grausamkeit.- Einsperrung in die Konzentrationslager auf Lebenszeit.- Die Sadisten haben neue Quälmethoden erfunden."

Arbetaren, Stockholm, 26.X.: "Rede des Polizeichefs Himmeler."

"Socialdemokraten", Stockholm, 26.X.: "Der Nationalsozialismus auf dem Rückgang."

Ny Dag, Stockholm, 26.X.: "Bramstorp 'studiert' Hitlers leere Scheunen.- Bekam er Festungen und Flugplätze zu sehen, die einst fruchtbare Äcker waren?- Wann wird Bramstorp die kollektive Landwirtschaft der Sowjetunion studieren?"

Socialdemokraten, Stockholm, 26.X.: "Thälmann verschwunden."

Die Original-Artikel sind beigelegt.

"Arbeiderbladet" brachte am 27.10. einen Aufruf norwegischer Frauen, die die Freilassung der zum Tode verurteilten Liselotte Hermann verlangen. Der Aufruf ist u.a. unterzeichnet von der Schriftstellerin Annie Berckenhoff und der Tochter Barbara Rings, Gerda Ring.- "Arbeiderbladet" meldete weiterhin am 26.10. dass die Gestapo durch ein gefälschtes Telegramm den Schuster Franz Arnold, im französischen Elsass

./.

Herrn

Regierungsrat H e l l e r
Geheimes Staatspolizeiamt

B e r l i n SW 11

Prinz Albrechtstr. 8

264



Иванов

ansässig, aber deutscher Staatsbürger, nach Deutschland lockte und verhaftete.- Am 26.10. brachte das Blatt eine Wiedergabe einiger deutschfeindlicher Behauptungen aus der amerikanischen Zeitschrift "Readers Digest", z.B., dass deutsche Krankenschwestern Fieberpatienten belauschen sollen, um regierungsfeindliche Äusserungen rapportieren zu können und dass deutsche Fotografen Familiengruppen mit weniger als vier Kindern nicht fotografieren sollen, um den Bevölkerungszuwachs zu stimulieren.

Heil Hitler!

Österreich

1. 11. 18

*Am 1. Nov. 1918
für die deutsche
Hauptstadt aufgegeben*

1. 11. 18

Tag

- 1. Nov. 1918

1. 11. 18 i.) Vorbericht.

*Das Rückfrage mit Klein- v. d. Bock
soll nicht geschehen werden, da Melvin
Klein es von N. erhalten. Abmündungstelle
ist. 1. 11. 18 soll einfallen. N. soll nicht aufpassen, sondern
auf andere Bedürfnisse. Zeichnungen schreiben.
Die Melvin-Klein sind für eine Entschädigung bei 1. 11. 18
nicht respekt.*

- 1. 11. 18 - f. 1. 11. 18

*Zeile: ~~1. 11. 18~~ Verbindungstelle (Besuche für
Korwegen Nr. 18.)*

H. V. 18

266



79

RP 1200/41

Präsidialkanzlei

Eing - 1. FE 3-1941

Vorschlag zur Ernennung

des

Regierungsrats Bovensiepen

(Unterschriftung, Name)

zum Oberregierungsrat

(Unterschriftung)

in der Reichsbefoldungsgruppe A 2b oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

"Der Stellvertreter des Führers hat
Einwendungen gegen die Ernennung
nicht erhoben".

Berlin, den 30. Januar 1941

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8

Boßstraße 4

J.H.
A. J. Müller

(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Hierzu ist der RB. 1572/ 41 verfügt:

Im Namen des Deutschen Volkes

ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Siegel mit meiner faktisierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Berlin, den 6. Februar 1941

Der Führer und Reichskanzler
ges. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 7. Feb. 1941

1. Die unter obensiehender Orts- und Datums-
angabe mit der faktisierten Unterschrift
ab 7. 2. 41 des Führers und Reichskanzlers ausgeser-
mit 1. Unt. tigte Urkunde 'geh' mit Einschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

2. Zu den Akten.

ge. Dr. Meisner

267



a) Familienname b) Vor- (Nach-) Name c) Geburtsort d) Geburtsort	Beamtenstellung a) jetzt b) künftig	a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932	a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder
a) Bovensiepen b) Otto c) 8.7.1905 d) Duisburg	a) Reg.-Rat b) Oberreg.-Rat	a) Halle b) 1.1.1932-Juni 1933 Duisburg, Pullwer Weg 32, Juni 1934 bis Fe- bruar 1935: Magde- burg, Blumenthal- Str. 15, Febr. 1935 bis De- zember 1935: Dortmund, Westpha- lendamm 59 und Lübecker Str. 24, Dezember 1935 bis Oktober 1936: Bielefeld, Viktoria- Straße 57, Oktober 1936 bis Oktober 1937 Kös- lin, Danziger Str. 28. Seit Oktober 1937 in Halle.	a) gottgl. b) verh., c) 2 Kinder

269



Тришнев -

42

<p>Bildungsengang oder Nachweis der sonstigen Eignung</p>	<p>Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst</p>	<p>Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Einstellung sowie der letzten Beförderung)</p>	<p>a) Wieweit der Vorgesetztenrat nach seinem Gutachten die Eignung, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt? b) Woburch ist seine und seiner Offiziere deutschblütige Ab- stammung nachgewiesen?</p>
<p><u>1. juristische Staatsprüfung:</u> <u>22.10.1929 "vollbefriedigend";</u> <u>große Staatsprüfung:</u> <u>15.7.1933 "vollbefriedigend".</u></p>	<p>19.11. 1929</p>	<p><u>Während Bestehen der großen Staatsprüfung dem Amtsgericht Duisburg zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen.</u> <u>Vom 9.10.1933 bis 14.11.1933 juristischer Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung Duisburg-Hamborn (Finanz- und Steuerdezernat).</u> <u>Ab 15.11.1933 Angestellter bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf.</u> <u>Ab 16.12.1933 zur probeweisen Beschäftigung bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf aus dem Justizdienst beurlaubt.</u> <u>Am 24.6.1934 mit der kommissarischen Leitung der Staatspolizeistelle Magdeburg beauftragt.</u> <u>Am 1.8.1934 unter Ernennung zum Regierungssassessor endgültig in die Geheime Staatspolizei übernommen.</u> <u>Am 5.2.1935 zur Staatspolizeistelle Recklinghausen versetzt und gleichzeitig als stellvertretender Leiter zur Staatspolizeistelle Dortmund abgeordnet.</u> <u>Am 1.12.1935 als Leiter zur Staatspolizeistelle Bielefeld versetzt.</u> <u>Ab 1.11.1936 Leiter der Staatspolizeistelle Kassel. Durch Urkunde des Führers v.7.3.1937 zum Reg.-Rat ernannt und vom 1.1.1937 ab in eine freie Reg.-Rat-Stelle eingewiesen.</u> <u>Ab 1.10.1937 Leiter der Staatspolizeistelle Halle.</u></p>	<p>a) ja b) <u>Reichsstelle für Sippenforschung.</u></p>

272



9	10	11	12	13	14	15
Bei Ummeldung von den Reichs- grundbüchern: Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?	Militärverhältnis a) früher (Frontkämpfer? Kriegesbeschädigter?) b) jetzt	a) Mitglied der NSDAP? b) Seit wann? c) Mitglieds-Nr. d) Unter in der Partei? e) Dienstgrad und Führer- Stelle in SA, SS, NSKK, NSKK, etc. ufm. (Ein- gabe des Sturms ufm.)	Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Unter 1)	Hat der Beamte a) Cogen b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beam- tenorganisationen angehört? Zu a) und b): Von wann bis wann? Cogengrad oder führende Stelle?	Strafen a) der ordentlichen Gerichte b) der Parteigerichte	Bemerkungen
-	a) - b) Uffz. d. Res.	a) ja b) vom 1.9. 1925 bis 18.3.29 und ab 1.1.1931 c) 35 782 d) --- e) 77-Stu- baf. im SD des RF-77.	-	-	-	-

2/4



Грассул -

RP 1202/41

Präsidialkanzlei

Eing - i - FE3-1941

Vorschlag zur Ernennung

des

Regierungsassessors Kurt S e n n e zum Regierungsrat

(Unterschrift, Name)

(Unterschrift)

der Reichsbefoldungsgruppe A202 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

"Der Stellvertreter des Führers hat
Einwendungen gegen die Ernennung
nicht erhoben".

Berlin, den 30. Januar 1941

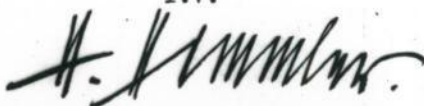
An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

Berlin W 8

Bohlstraße 1

I. V.



(Dieser Raum ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Hierzu ist bei StB. 1572 / 41 verfügt:

Im Namen des Deutschen Volkes
ernenne ich

den obengenannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Tage mit meiner faktisierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Berlin, den 6. Februar 1941

Der Führer und Reichskanzler
ad. Adolf Hitler

Präsidialkanzlei Berlin, den 7. Feb. 1941

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faktisierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgefer-
tigte Urkunde geb. mit Einschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

2. Zu den Akten.

ge: Dr. Meissner

2/5



Трава

a) Familienname b) Vor- (Nuf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort	Beamtenstellung a) jetzt b) künftlg	a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932	a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder
a) S e n n e b) Kurt c) 18.3.1910 d) Nilvingen	a) Regierungs- assessor b) Regierungsrat	a) Berlin, b) 1.1.32 - 13.9.33 Halle a.d.S., Barfüßerstr.10 b/Schollmeyer, 13.9.33 - 1.4.34 Boppard a.Rh., 1.4.34 - 1.6.34 Halle a.d.S., 1.6.34 - 1.11.34 Koblenz a.Rh., Poststr.6, 1.11.34 - 12.10. 35 Soldat b. Aufkl.Abt.6, Münster i.W., 12.10.35 - April 36 Koblenz, Im Vogelsang, April 36 bis 20.7.36 Köln/Rh., Gereonswall, 20.7.36 - 1.10.36 Übung bei Pz.- Abwehr Abt.41 in Gießen/Lahn, 1.10.36 - Febr. 37 Koblenz, Kur- fürstenstr.106, 20.2.37 - 20.4. 37 Referendar- lager Jüterbog 20.4.37 - 20.3.38 Köln, Rh., Klap- pergasse 16 b/Böttcher, 20.3.38 - 20.5.38 Saarbrücken, Ja- kob Johannes Str. 66, 20.5.38 - 1.2.40 Breslau, Moritz- str.13 u. Vik- toriastr.108, seit 1.10.38 Grünhagenstr.2,	a) gottgl., b) verh., c) 2 1.2.40 - 1.6. 40 Bln.W.35, Bülowstr.44, 1.6.40 Leut- nant b.d. Dienststelle 17031

877



Тенасип

46

<p>Bildungs- oder Nachweis der sonstigen Eignung</p>	<p>Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst</p>	<p>Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Umstellung sowie der letzten Beförderung)</p>	<p>a) Vieler der Vorgesetzten nach seinem Verhalten die Gewissheit, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Chefsen dienstliche Ent- scheidung nachgewiesen?</p>
<p>Die erste juristische Staatsprüfung am 26.6.33 mit der Note "ausreichend" und die große Staatsprüfung am 11.3.38 ebenfalls mit der Note "ausreichend" be- standen.</p>	<p>13.9.33</p>	<p>Vom 13.9.1933 - 15.11. 1937 Vorbereitungsdienst im Bezirk des Oberlan- desgerichts Köln, am 20.5.38 zur probe- weisen Beschäftigung bei der Staatspolizei- leitstelle Breslau ein- berufen, am 1.5.1939 unter Er- nennung zum Regierungs- assessor endgültig in den Dienst der Gehei- men Staatspolizei über- nommen, am 22.1.1940 zur Dienst- leistung beim Reichs- sicherheitshauptamt -Referat I V 6 - in Berlin abgeordnet.</p>	<p>a) ja b) Reichsstelle für Sippen- forschung</p>

279



Грасс-

9	10	11	12	13	14	15
Bezeichnung von den Reichs- grundführern : Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?	Militärverhältnis a) früher (Frontkämpfer? Kriegsgefangener?) b) jetzt	a) Mitglied der NSDAP? b) Seit wann? c) Mitglieds-Nr. d) Unter in der Partei? e) Führung und Führer- stelle in SA, SS, NSKK, NSKK, SA ufm. (Wen- gabe des Sturms ufm.)	Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Unter?)	Hat der Beamte a) Unge- b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Team- organisationsangehörig?	Strafen a) der ordentlichen Gerichte b) der Parteigerichte	Bemerkungen
-	a) - b) aktiv gedient z.Zt. Leut- nant b.d. Dienststelle 17031	a) ja b) 1.5.33 c) 2 255 439 d) e) 1/2-Haupt- sturmf. im SD des RF 1/2	-	-	-	-

22



Трамп -

RP 1205/41

Präsidialkanzlei

Eing.-1.-FE3-1941

Vorschlag zur Ernennung

Regierungsassessors Reipert zum Regierungsrat

(Unterschrift, Name)

(Unterschrift)

in der Reichsbefoldungsgruppe A 2 c 2 oder der ihr entsprechenden Landesbefoldungsgruppe

Anlage: 1 mitgezeichnete Urkunde

"Der Stellvertreter des Führers
hat Einwendungen gegen die Ernennung
nicht erhoben".

Berlin, den 30. Januar 1941

An den

Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei
des Führers und Reichskanzlers

I. V.

Berlin W 8

Boßstraße 4

A. Himmler

(Dieser Name ist der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers vorbehalten)

Hierzu ist bei RP. 1572 / 41 verfügt:

Im Namen des Deutschen Volkes
erkenne ich

den oben genannten Beamten.

Die Ernennungsurkunde ist unter dem heutigen
Zee mit meiner faktisierten Unterschrift auszu-
fertigen.

Präsidialkanzlei Berlin, den 7. Feb. 1941

Berlin, den 6. Februar 1941

Der Führer und Reichskanzler
Gen. Adolf Hitler

1. Die unter obenstehender Orts- und Datums-
angabe mit der faktisierten Unterschrift
des Führers und Reichskanzlers ausgear-
beitete Urkunde geht mit Aufschreiben an
die antragstellende Behörde zurück.

Zu 1.
ab 7. 2. 41
mit Einl.

2. Zu den Akten.

gez. Dr. Meissner

23



Тыраев

1 a) Familienname b) Vor- (Ruf-) Name c) Geburtstag d) Geburtsort	2 Beamtenstellung a) jetzt b) künftig	3 a) Dienstlicher Wohnsitz b) Wohnungen seit 1. Januar 1932	4 a) Glaubensrichtung b) Familienstand c) Kinder
a) Re i p e r t b) Albert, c) 7.6.1907 d) Grafenstein	a) Regierungs- assessor b) Regierungsrat	a) Berlin, b) bis Sept.1935 Köthen, Heinrich- str.43, bis 20.2.1939 Hamburg 21, Osterbeckstr.11, u. Osterbeckstr. 9, bis Nov.1939 Bln. SW.61, Hallesches Ufer 16 ab November 39 Berlin, W.30, Hohenstaufen- str.23	a) gottgl., b) ledig c) -

425



<p>Bildungsangang oder Nachweis der sonstigen Eignung</p>	<p>Tag des Eintritts in den Reichs- oder Landesdienst</p>	<p>Bisherige dienstliche Laufbahn (insbesondere Zeitpunkt und Art der ersten planmäßigen Aufstellung sowie der letzten Beförderung)</p>	<p>a) Vierter der Vorgehensweise nach seinem Verhalten die Gewährung, daß er jederzeit rückhaltlos für den national- sozialistischen Staat eintritt? b) Wodurch ist seine und seiner Gefahren deutlichste Ab- stimmung nachgewiesen?</p>
<p>Die erste juristische Staatsprüfung am 5.5.1934 mit der Note "ausreichend" und die große Staats- prüfung am 7.4.1938 eben- falls mit der Note "aus- reichend" bestanden.</p>	<p>12.6.34</p>	<p>Vom 12.6.34 bis 31.3.38 Vorbereitungsdienst im Bezirk des Oberlandes- gerichts Hamburg, vom 20.4.38 bis 30.11.38 und vom 23.1.39 bis 24.2.39 Assessor im Ju- stizdienst (Besoldungs- gruppe A 2 c 2) im Be- amtenverhältnis, am 25.2.39 zur probeweis- sen Beschäftigung beim Geheimen Staatspolizei- amt in Berlin einberufen, am 1.2.40 unter Ernennung zum Regierungsassessor endgültig in den Dienst der Geheimen Staatspo- lizei übernommen.</p>	<p>a) ja</p> <p>b) Reichsstelle für Sippen- forschung</p>

22



9	10	11	12	13	14	15
<p>Bei Abweichung von den Reichsgrundjüden:</p> <p>Ob die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?</p>	<p>Militärverhältnis</p> <p>a) früher (Frontkämpfer? Kriegsfähigkeit?)</p> <p>b) jetzt</p>	<p>a) Mitglied der NSDAP?</p> <p>b) Seit wann?</p> <p>c) Mitglieds-Nr.</p> <p>d) Amter in der Partei?</p> <p>e) Dienstgrad und Führer-Beize in SA, SS, NSKK, NSKK, NSKK u/so. (Eingabe des Sturms u/so.)</p>	<p>Welchen politischen Parteien und Verbänden hat der Beamte früher angehört und wie lange? (Unter 1)</p>	<p>Hat der Beamte</p> <p>a) Cogen</p> <p>b) vor dem 30. Januar 1933 staatsfeindlichen Beamtenorganisationen angehört?</p> <p>Zu a) und b): Von wann bis wann? Cogengrad oder führende Stelle?</p>	<p>Strafen</p> <p>a) der ordentlichen Gerichte</p> <p>b) der Parteigerichte</p>	<p>Bemerkungen</p>
-	<p>a) -</p> <p>b) Aus- bildung bei der 1/4-To- ten- kopf- stan- darte</p>	<p>a) ja</p> <p>b) 1.5.37</p> <p>c) 4 175 329</p> <p>d) -</p> <p>e) 1/4-Haupt- sturm- führer im SD des RM</p>	-	-	-	-

290



80

20/



Григорьев-

81

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Erfurt
Br. Nr. III 9898/38

Erfurt, den 12.38. ³⁷₁₅₁

V e r f g .

1.) Kanzlei schreibe:

Geheim.

Urschriftlich m. 1 Heft Ermittlungsakten

der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle
z.Hd.v.Herrn Reg.Rat Bovensiepen
oVIA.

in Halle

*mit 1,2/erl.
8.12.38.*

mit 1,2/erl. m.

~~zur~~ Kenntnissnahme und weiterer Veranlassung übersandt. Der Herr
Oberreichsanwalt hat Abgabennachricht erhalten.

2.) An

den Herrn Oberreichsanwalt
beim Volksgerichtshof

Berlin W. 9
Bellevuestraße 15

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Martin B ö t t g e r , geb.
am 28.12.12 in Schkeuditz/ wegen Landesverrats.

Vorgang: Dort.Schreiben v.22.11.38 - 2 J 283/38 g -

Der Vorgang Böttger wurde zuständigkeitshalber zwecks
Durchführung weiterer Ermittlungen der Staatspolizeistelle Halle
übersandt.

3.) Am.z.abs. (..... ^{8. Dez. 1938})

4.) z.Vorgang Böttger Wv.15.1.39.

J. A.
10

293



Григорьев

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Halle (Saale)

Dr.-Nr. III B 8330/38 g.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen
und Datum anzugeben.



An die

Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle
Erfurt, z.Hd.d.Herrn Reg.Rat B l o m b e r g
- o.V.i.A.-

in Erfurt

Betr.: Martin B ö t t g e r, geb. am 28.12.12 in Schkeuditz
wohnhaft in Kölleda, Unter den Linden 12.

Vorg.: Schreiben vom 8.12.38 III - 9898/38

Anlg.: 1 Gerichtsakte und 1 Bericht.

In der Anlage übersende ich die Gerichtsakte Martin
B ö t t g e r, Kölleda, sowie einen Bericht über die in Kölleda
geführten Ermittlungen.

Ich bitte von dort aus noch zu der Frage des Oberreichs-
anwalts (Blatt 32 d.A.) Stellung zu nehmen aus welchem Grunde
die staatspolizeiliche Überwachung des Beschuldigten angeordnet
wurde.

Der Herr Oberreichsanwalt hat Abgabeanricht erhalten.
Ich bitte von dem Ausgang des Verfahrens um Mitteilung.

gez. Bovensiepen.



Beglaubigt
Hingnölter
Zingestelle

V e r m e r k: Aus welchem Grunde die staatspolizeiliche Über-
wachung des B. angeordnet wurde, ist bereits von Krim.Sekr.
Weiner auf Blatt 36 d.A. erörtert worden.

(33)

Schmidt
Krim.Ass.

895



Erfurt, den 17. 2.39.

96

zu 1.) erl.
17.2.39 158.

V e r f g .

Geheim

1.) Kanzlei schreibe:

An
die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
z.Hd.v.Herrn Reg.Rat Bovensiepen -oVIA-
in Halle a.S.

Betrifft: Martin B ü t t g e r , geb.am 28.12.1912 in Schkeuditz,
wohnhaft in Kölleda, Unter den Linden 12.

Vorgang: Dort.Schreiben v.23.12.38 - Br.Nr. III B 8330/38 g -

Anlagen: Ohne.

Das gegen Böttger eingeleitete Strafverfahren hat der
Gen.-Staatsanwalt in Kassel am 25.1.39 eingestellt, da ein sicherer
Nachweis, daß der Beschuldigte die Zündschraube an sich genommen
hat, nicht erbracht werden kann.

2.) Am.absenden (17. Feb. 1939..)

3.) Z.Pers.Akte.

J. A.

Te.

Rein.

298



82

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin.

27.11.44
Berlin, den 17. Nov. 1944.

Sonderrundschreiben !
=====

An die
Herren Abwehrbeauftragten
- persönlich -

Aus gegebenem Anlass wird folgendes mitgeteilt:

In einem grösseren Werk wurden laufend Beschädigungen an Maschinen herbeigeführt und Ausschussware in Umgehung der Prüfwege mit versandfertig gemacht. Alle diese Vorgänge waren dem Werkmeister, dem Betriebsführer und stellv. Betriebsführer bekannt. Trotzdem haben diese Verantwortlichen die pflichtgemässen Meldungen an die Geheime Staatspolizei unterlassen. Die Fortsetzung der Tathandlungen wurde nur ermöglicht durch das pflichtwidrige Verhalten der verantwortlichen Betriebsführer und des Werkmeisters und wurden diese festgenommen. Sie werden sich vor dem zuständigen Gericht wegen

Begünstigung der Werksabotage
zu verantworten haben.

Der vorstehende Fall zeigt, welche Auswirkungen die Unterlassung der Berichterstattung aller Betriebsereignisse über den Abwehrbeauftragten an die Geheime Staatspolizei zur Folge haben. Ich bringe daher zum wiederholten Male die Berichterstattungspflicht über alle Betriebsereignisse in Erinnerung.

gez. B o c k
Standartenführer.



79
79



Grain

38 15
M 10

Der Leiter
der Staatspolizeileitstelle
Berlin.

Berlin, den 23. 10. 1944

An den
Herrn Abwehrbeauftragten

Wolynski.....

Aus gegebenem Anlass bringe ich die Aufgaben des
Abwehrbeauftragten gemäss den Richtlinien für die sicher-
heitspolizeiliche Tätigkeit in Erinnerung. Ferner mache
ich erneut aufmerksam, dass alle Ihnen im Rahmen der

Richtlinien für die sicherheitspolizei-
liche Tätigkeit der Abwehrbeauftragten

aufgelegten Verpflichtungen und erteilten Anweisungen
von der Reichsregierung zur Sicherung der Landesverteidigung
erlassene Gebote bzw. Verbote im Sinne des § 92 b - StGB. -
sind, die durch keine anderweitige Verpflichtung einge-
schränkt oder aufgehoben werden können.

Die gegenwärtige Lage erfordert eine besonders umsichtige
und verantwortungsbewusste Tätigkeit. Die Durchführung aller
für die Behandlung der ausländischen Arbeiter und die Werk-
sicherheit gegebenen Richtlinien muss stets in kürzester
Frist gewährleistet sein. Engste Zusammenarbeit und ständiger
Erfahrungsaustausch mit dem Industriesicherungsreferenten ist
das Gebot der Stunde.

gez. B o c k .

Hauptsturmbauführer.



Für die Richtigkeit:

Hauptsturmbauführer.

Bl.-

90/



Знаменитый -

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
- IV 3 b -

44
Berlin, den 20. Spt. 1948

Nur für den Dienstgebrauch!

Streng vertraulich!

An die
Herren Abwehrbeauftragten.
=====

1.)

- a) Sämtliche Lager für ausländische Arbeiter sind sofort auf ihre natürlichen Sicherungseinrichtungen zu überprüfen. Mangelhafte Umzäunungen, ungenügende Kontrollen usw. sind festzustellen. Evtl. erforderliches Sicherungsmaterial (Stacheldraht etc.) ist anzufordern. Die Erfahrungen des Lagerführers sind dabei zu berücksichtigen. Mit den Lagerführern ist die bestehende Lagerordnung zu überprüfen und zu bearbeiten. Soweit Anordnungen den staatspolizeilichen Anforderungen unter bes. Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage nicht entsprechen, ist diese in die Meldung mit aufzunehmen.

Die Meldung hat unter der Überschrift "Sicherungsmeldung Nr. 1" zu erfolgen. Pohlanzeige ist erforderlich.

- b) Alle in der mittelbaren oder unmittelbaren Umgebung der Ausländerlager befindlichen und für die Landesverteidigung wichtigen Objekte sind zu melden. Die Meldung hat unter dem Stichwort "Sicherungsmeldung Nr. 2" zu erfolgen. Pohlanzeige ist erforderlich.

b.w.

904



- c) Zu melden sind alle dem Betrieb gehörigen Läger mit Waffen, Munition, Sprengstoffen und gefährlichen Chemikalien i.w.S. (Auch soweit sie aus der Fertigung zwangsläufig anfallen). Bei der Meldung ist die Örtlichkeit, der Umfang und die Art der Bewachung genauestens festzulegen. Insbesondere ist zu erwähnen, welche wichtigen Objekte in mittelbarer bzw. unmittelbarer Umgebung liegen, z.B. Ausländerlager, Verkehrsknotenpunkte, Brücken etc.

Ferner interessiert die Lagerbelegung (ständige Läger oder Durchgangsläger). Gleichfalls ist Art und Umfang der Durchführung von Transporten von Waffen, Munition, Sprengstoffen und Chemikalien in die Meldung aufzunehmen. Ausgenommen sind die Waffen- und Munitionsvorräte des Werk - schutzes.

Die Meldung hat unter dem Stichwort "Sicherungsmeldung Nr. 3" zu erfolgen. Fehlanzeige ist erforderlich. Wesentliche Veränderungen sind laufend nachzumelden.

- d) Zu melden sind die Angehörigen des erweiterten (nebenamtlichen) Werkschutz - der in allen Werken aufgestellte Werkschutzstosstrupp fällt nicht unter diese Meldung -) Werkschutzes nach folgendem Muster:

- 1.) Gesamtstärke des erweiterten Werkschutzes;
- 2.) Name, Vorname, Jahrgang;
- 3.) Tauglichkeitsgrad und evtl. weitere Tätigkeit bei Partei, Heimatflak, Stadtwacht, Landwacht, Techn. Nothilfe, Rotes Kreuz etc.;
- 4.) Zahl der im Ernstfall tatsächlich dem Betrieb ausschliesslich zur Verfügung stehenden Kräfte;

Ich weise darauf hin, dass die Auswahl der Kräfte im engsten Einvernehmen mit dem Betriebsobmann zu erfolgen hat. Es ist anzustreben die Angehörigen des erweiterten Werkschutzes von jeder anderen nebenamtlichen Tätigkeit soweit freizustellen, dass ihr jederzeitiger Einsatz für das Werk zuverlässig sichergestellt ist. Die Abwehrbeauftragten sind dafür verantwortlich die Iststärke des erweiterten WS. so hoch zu treiben, dass eine Gewähr für eine ausreichende Sicherung gegeben ist.

906



Играет.

Hier sind bisher derartige Fälle noch nicht bekanntgeworden. Die Abwb. werden darauf hingewiesen, das Verhalten der ausländischen Gefolgschaft ihrer Betriebe, insbesondere kurz vor und nach Luftangriffen, noch schärfer als bisher überwachen zu lassen.

g) Ausweisakarten für Kriegsgefangene.

Gemäss Rundschreiben Nr. 6, Ziffer 4, müssen die Verksausweise der Kriegsgefangenen bzw. Kriegsgefangenen des Beurlaubtenstandes) mit einem deutlich sichtbaren Blockschrift-aufdruck "Kgf." bzw. "Beurlaubter Kgf." versehen werden.

h) Notwendige Massnahmen gegen ausländische Arbeitskräfte.

Unter den Ausländern machen sich immer wieder Widersetzlichkeiten bemerkbar. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Abwehrbeauftragte für die Sicherheit des Betriebes voll verantwortlich ist. Demzufolge wird der Abwehrbeauftragte auch von der Staatspolizeileitstelle voll gedeckt, wenn er in Ausübung der staatspolizeilichen Belange Massnahmen trifft, die nach allgemeinen rechtlichen und sittlichen Grundsätzen angemessen sind. Es muss gewährleistet sein, dass Aufwässigkeiten unter den Ausländern im gebotenen Rahmen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln schnellstens unterdrückt werden. Über derartige Vorgänge ist zu berichten.

i) Organisationen unter den ausländischen Arbeitern.

Den Zusammenschlüssen, die sich innerhalb der ausländischen Arbeiter, wenn auch mit deutscher Beteiligung oder auf deutsche Veranlassung, bilden, ist stets eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Organisationen, die im Augenblick keine staatsfeindliche oder sonstige politische Zielsetzung haben, stellen vielfach für die nationalen Widerstandsbewegungen ein willkommenes Tätigkeitsfeld dar. Jegliche Bildung von Organisationen unter den ausländischen Arbeitern im Betrieb ist von den Abwehrbeauftragten sofort zur Kenntnis zu bringen.

In diesem Zusammenhange wird darauf hingewiesen, dass die bisher unter den Franzosen beobachtete Zersplitterung (Kriegsgef.-Zivilfranzosen PPF. etc.) einer gewissen Solidarität Platz gemacht hat. Dieser Erscheinung ist äusserste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

b.w.

109



3.) Werkschutz.

a) Aufbewahrung von Waffen.

Alle Waffen des Werkschutzes, die nicht dauernd in Gebrauch sind, sind luftschutzmässig aufzubewahren. Für eine besonders sichere Bewachung ist Sorge zu tragen.

Waffen, die durch Feindeinwirkung vernichtet werden, können in Zukunft nicht mehr ersetzt werden.

Der Verlust irgendwelcher Waffen des Werkschutzes ist sofort zu melden (vergl. Rundschreiben Nr. 5, Pkt. 6 b).

b) Bezeichnung: Erweiterter Werkschutz.

An Stelle des irreführenden Ausdrucks "nebenamtlicher Werkschutz" ist die Bezeichnung "erweiterter Werkschutz" zu verwenden.

4.) Allgemeine Abwehrangelegenheiten.

a) Abwehr von Sabotage:

Der Abwehr von Sabotageakten muss erhöhte Beachtung geschenkt werden. Nachrichtenverbindungen, Starkstromleitungen, Verkehrsanlagen sind einer besonderen Gefährdung ausgesetzt.

Aus gegebener Veranlassung wird ganz besonders darauf hingewiesen, dass mit Sabotageanschlägen gegen alle Treibstoffvorräte im deutschen Machtbereich (Tanklager, Hydrierwerke, Raffinerien, Brennstofftransporte) gerechnet werden muss. Die Sicherungsmassnahmen sind entsprechend zu überprüfen.

b) Verstekte Sabotage.

Ein holländischer Zivilarbeiter wurde vorläufig festgenommen, der an seinem Arbeitsplatz zwei Maschinen und mehrere Werkzeuge absichtlich beschädigt und sich dieser Taten in einer Gastwirtschaft noch gerühmt und betont hatte, es wäre ja leicht, in Deutschland Sabotage zu treiben, ohne dass die Vorgesetzten etwas davon bemerkten.

Um scheinbar organische Betriebsstörungen als Sabotage erkennen zu können, ist es unbedingt notwendig, den Kreis der Verdächtigen hinsichtlich ihrer politischen Meinung und ihrer erfolgten Beeinflussung durch Feindpropaganda zu überprüfen (auf diesem Gebiet Verdächtige müssen in den engeren Kreis gezogen werden) und auch die Schläfen "ausversehen" unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten.

909



57 445
c) Reparaturwerkstätten für Tragkraftspritzen.

Die Organisierung der Überwachung und Betreuung der im ganzen Reichsgebiet vorhandenen und neu einzusetzenden Tragkraftspritzen hat die neu gegründete Übergabe-, Kunden- und Reparaturdienst der Deutschen Feuerwengeräte-Industrie GmbH., Ulm/Donau, Münsterplatz, durchzuführen.

Die Aufgaben des Übergabe-, Kunden- und Reparaturdienstes sind folgende:

- 1) Die Übergabe neu gelieferter Tragkraftspritzen an die Empfänger und die Einlernung des Bedienungspersonals.
- 2) Die laufende Überwachung der Tragkraftspritzen hinsichtlich ihrer Betriebsbereitschaft und durch Personalwechsel notwendig werdende zusätzliche Einlernung von Bedienungsmannschaften.
- 3) Die schnellste Durchführung von Reparaturen.

Jedem Werkkutschutzleiter, der für den einsatzbereiten Zustand der Luftschutzgeräte des Betriebes verantwortlich ist, soll Gelegenheit gegeben werden, sich im Bedarfsfalle mit der nächstliegenden Werkstätte obiger GmbH. ins Einvernehmen zu setzen. Die Anschrift der im Bereich der Staatspolizeidirektion Berlin gelegenen Reparaturwerkstätte ist:

Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Reparaturwerk,
Bln.-Reinickendorf-Ost,
Verlängerte Koloniestr.,

die Anschrift des für den hiesigen Bereich zuständigen Stützpunktleiters der erwähnten GmbH. ist:

Obering. Arthur K ü m m e l ,
Berlin-Lichterfelde-Ost,
Ferdinandstr. 31.

--- --

gez. B o c k .

//Obersturmabführer,

Für die Richtigkeit:

//Hauptsturmabführer.

Bl.

911



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

- IV 3 b -

52
10/17
Berlin, den 15. Juni 1947

An die
Herren Abwehrbeauftragten.

Sonderrundschreiben.
=====

- 1.) Die Aufgaben der Abwehrstelle im Wehrkreis III sind auf die Staatspolizeileitstelle Berlin übergegangen. In Durchführung der Aufgabenverlagerung sind u.a. auch die Abwehr-offiziere I bis V zur Stapoleit Berlin - Sachgebiet IV 3 b - übergetreten.

Bezeichnung und Zuständigkeit der Abwb.:

Die Bezeichnung militärischer bzw. pol.-pol.Abwb. entfällt. Die Bezeichnung lautet: Abwehrbeauftragter bzw. stellvertretender Abwb. Soweit militärische Abwehrbeauftragte nicht zu pol.-polizeilichen Abwehrbeauftragten bestellt sind, gelten diese mit sofortiger Wirkung ohne besondere Formalitäten als bestellt.

Die Berichterstattung in doppelter Ausfertigung erfolgt nunmehr ausschließlich an die Staatspolizeileitstelle Berlin. Anschrift wie bisher an:

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
- Referat IV 3 b -
B e r l i n C 2
Grunerstr. 12.

b.w.

9/4




Alle dieser vorstehend genannten Neuregelung entgegenstehenden bisherigen Anordnungen der Abwehrstelle gelten als aufgehoben.

Die Diensträume des Sachgebiets IV 3 b (einschließlich der ehemaligen Abwehroffiziere I bis V) befinden sich ab 22.6.44 in Berlin-Wilmersdorf,
Kurfürstendamm 106

gez. B o c k .

Für die Richtigkeit:



Boock
Hauptsturmführer.

2/6



P3

Sicherheitspolizei und SD
Einsatzkommando 1
Tgb.-Nr. 149/43 g.

Befehlshaber

17. NOV 1943

7. November 1943.

An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD - Ostland -
z.Hd. ~~4~~-Oberführer Panzinger - o.V.i.A. -
in R i g a.

Betr.: Spanische Freiwilligendivision.

In der Anlage wird ein Bericht des ~~4~~-Obersturmführers V e y über
den Einsatz von Einheiten der spanischen Freiwilligendivision bei
der Banditenbekämpfung überreicht.

I.V.

Sturmbannführer.

F mit ein Klapp Zep



9/2



Der Verbindungsführer
z. span. "Freiw. Division".
V 5 / 43.

7 O.U., am 6. November 43
185 15
7

An das
Einsetzkommando - 1 -
G a t s c h i n a.

Betr.: Einsatz von Einheiten der span. "Frei-
willigen Division" bei der Partisanenbe-
kämpfung.

Anlage: - 1 -.

Vor einigen Tagen wurden durch ei-
ne deutsche Einheit südlich von Nikolajwka im
Raum von Werolanzy - nördlich - und Gr. Saretsch-
je bis Michailowka - südlich - zwei Partisanen
gesichtet und bei einem späteren Kampf ein Par-
tisaner getötet und der zweite gefangen genom-
men. Bei der anschliessenden Vernehmung gab der
Festgenommene an, dass sich in dem angegebenen
Raum eine grössere Partisanengruppe befinden
würde, die u.a. im Besitz von ca. 10 bis 15
Maschinenpistolen sei.

Zur Ausräumung dieses Gebietes
forderte der dort stationierte deutsche Einheits-
führer in der Nähe liegende Formationen der spa-
nischen "Freiwilligen Division" an, die in Stür-
ke von rund 200 Mann bewilligt wurden. Das Unter-
nehmen wurde für den 4. dieses Monats angesetzt.
Beabsichtigt war die Besetzung der nördlichen
Linie - siehe beigelegte Skizze - durch deutsche
Formationen und der südlichen Linie durch spa-
nische Formationen.

Infolge schlechter Zusammenarbeit
des deutschen Verbindungsstabes und Nichtaus-



6/9



2 8.11.16

Führung des eigenen spanischen Divisionsbefehls durch die unterstellten spanischen Einheiten ist das Unternehmen völlig ergebnislos verlaufen. Ob nebenbei die Partisanen durch Unvorsichtigkeiten der Spanier - Gespräche mit russischen Hausangestellten - gewarnt wurden, konnte bisher nicht festgestellt werden. Dass die Gegend von Partisanen bevölkert ist, konnte an Hand von frisch verlassenen, noch unter Feuer befindlichen Kochstellen festgestellt werden. Die vorgefundenen Kochstellen sind in der beigefügten Skizze besonders eingezeichnet.

Bemerkenswert ist noch, dass von einer späteren deutschen Streife in diesem Gebiet von den spanischen Soldaten geworfene Effekten und Waffen gefunden wurden, die für die Partisanen eine billige Ergänzung bedeutet hätten. Entsprechende Rücksprachen bei den spanischen Stellen haben stattgefunden.

Ausserdem wird noch folgendes bekannt: vor einigen Tagen hatte der Berichterstat-ter eine zufällige Unterredung mit einem spanischen Leutnant, wobei dieser erzählte, dass Anfang dieser Woche in der Nähe von Wollosowo drei spanische Soldaten bei einer nächtlichen Fahrt von Partisanen überfallen und getötet wurden. Sofortige Rückfragen beim deutschen Verbindungsstab und beim Ic der spanischen "Freiwilligen Division" haben keine Bestätigung erbracht. Vom Ic der spanischen Division wurde eine sofortige Nachprüfung versprochen. Über das Ergebnis erfolgt zu gegebener ^{Zeit} ergänzender Bericht.

Desertionen unter den Soldaten der spanischen Division sind in dieser ^{Wache} nicht bekannt geworden.

Heinrich
H-Obersturmführer



229



13 423 76

Sicherheitspolizei und SD
Einsatzkommando 1
Tgb. Nr. 158/43 g.

13. November 1943.

An den

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD - Ostland -
z.Hd. ~~4~~-Oberführer Panzinger - oVIA. -

Betr.: Spanische Freiwilligendivision.

In der Anlage wird ein Bericht des ~~4~~-Obersturmführers V e y über
die Spanische Freiwilligendivision überreicht.

I.V.

Goukard
~~4~~-Sturmbannführer.

2.1. NOV. 1943
IV-983/43
2/3.10. 8.10. 11.11.43
Abgesandt am 21.11.43
2/3.10. 8.10. 11.11.43
12. 8.10. 11.11.43



24



84

1046
Berlin, den 14. Januar 1943.

An das

Referat II HK - Luftschutz-.

Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache zwischen
POI. Ballnus und Min.Reg.Oetzel werden für den Feuerlösch-
tagestrupp im Hauptgebäude Prinz-Albrecht-Str.8 folgende
männlichen Angehörigen des Amtes IV namhaft gemacht:

1.) Büro-Ang.	Reeder (als Truppführer)	Ref. IV C 1 -370-
2.) POS.	Teufelnart	" IV E -Abs.
3.) RS.	Hilliges	" IV E -Reg.S.
4.) PS.	Schmidt, Walter	" IV E -S.Reg.
5.) Büro-Ang.	Anders	" IV E -P.Reg.
6.) " "	Thiem	" IV E -P.Reg.
7.) " "	Kopprasch	" IV E -P.Reg.
8.) " "	Schumann	" IV E 1
9.) POS.	Hilbig	" IV E 3
10.) Büro-Ang.	Hennings	" IV Gst.G.Reg.
11.) " "	Horn	" IV Gst.G.Reg.
12.) " "	Neumann, Max	" IV C 1 c
13.) " "	Krumrey, Emil	" IV C 1 c
14.) " "	Pagaliss	" IV C 1 c
15.) " "	Kuschke	" IV C 1 c
16.) " "	Rudtke	" IV C 1 c
17.) " "	Jachmann	" IV C 1 c
18.) " "	Herrklotsch	" IV C 1 c
19.) " "	Hauth	" IV A 1
20.) PS.	Joeks	" IV A 2
21.) PS.	Meyer, Hermann	" IV A 2

gez. Pieper.

Beglaubigt:



Kanzleiangestellte.

Je.

93



Gracyn-

85

Der Chef

~~des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS~~

Berlin SW 68, d. 15.4.1942

~~Rassenant. HU/O.~~

Hedemannstr. 24

~~mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt-SS~~

~~Bezug: 95 Judenegative, die dem Reichssicherheits-~~
~~hauptamt von der Aussenstelle Litzmannstadt~~
~~seinerzeit zur Verfügung gestellt wurden.~~

~~Bezug: Rücksprache mit H-Stuf. Dongus vom 14.4.1942.~~

~~Anlg. 1 -~~

~~An die~~

~~Aussenstelle Litzmannstadt~~
~~des RuS-Hauptamtes-H~~

~~H-Stuf. Dongus~~

~~Litzmannstadt~~

~~Landsknechtstr. 73~~

Wegen der seinerzeit dem Reichssicherheitshauptamt von der Aussenstelle Litzmannstadt überlassenen 95 Judenegative wurde mit H-Stubaf. Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt Rücksprache genommen und entsprechende Nachforschungen nach deren Verbleib erhoben. H-Stubaf. Eichmann äusserte sich, es könne wohl möglich sein, dass diese Judenegative sich noch bei seiner Verwaltung befänden, wenn diese Negative seinerzeit für eine beabsichtigte Ausstellung zur Verfügung gestellt worden wären.

H-Stubaf. Eichmann ist selbstverständlich bereit, diese zur Verfügung gestellten Negative dem Rasse- und Siedlungshauptamt-H wieder auszuhändigen. Er verweist jedoch darauf, dass sämtliche bei seiner Verwaltung befindlichen Judenegative nicht gekennzeichnet seien und bittet deshalb um genaue Angabe des seinerzeitigen Vorgangs und der Buch-Nummern der Negative, andernfalls es ihm nicht möglich sei, die von der Aussenstelle Litzmannstadt zur Verfügung gestellten Negative heraus-suchen zu lassen.

Sollte sich der Vorgang und die Buch-Nrn. in Litzmann-stadt nicht mehr auffinden lassen, so schlägt H-Stubaf. Eichmann vor, einen Angehörigen des

22. 28/4.

H.

./.



Трактат.

Der Chef
des Rasse- und Siedlungshauptamtes-22
Berlin SW 68, d. 12.4.1942
Hauptamt-24
Hauptamt-24

bekannt sein müssen, mit dem Herausreichen der, der
Ausstellung Litzmannstadt gehörenden Negative aus den
anderen, Judennegative zu beibringen.

Das Rasse-Hauptamt-24 bittet, entsprechende Nachforschungen
nach dem Vorgang und den Buch-Nrn. der Negative anzu-
stellen, damit die von der Ausstellungsstelle Litzmannstadt
zur Verfügung gestellten Negative baldigst vom Reichs-
sicherheitshauptamt zurückgereicht werden können.

Der Chef des Rassenamtes
in Rasse-Hauptamt-24
Litzmannstadt
Landeswehrstr. 73

Sturmführer
Wegen der seinerzeit dem Reichsicherheitshauptamt
von der Ausstellungsstelle Litzmannstadt überlassenen
25 Judennegative wurde mit H-Stubel. Richmann vom
Reichsicherheitshauptamt Rücksprache genommen und ent-
sprechende Nachforschungen nach deren Verbleib erhoben.
H-Stubel. Richmann äußerte sich, es könne wohl möglich
sein, dass diese Judennegative sich noch bei seiner
Verwaltung befänden, wenn diese Negative seinerzeit
für eine beschlagnahmte Ausstellung zur Verfügung ge-
stellt worden wären.

H-Stubel. Richmann ist selbstverständlich bereit, diese
zur Verfügung gestellten Negative dem Rasse- und
Siedlungshauptamt-24 wieder auszuhandigen. Er verweist
jedoch darauf, dass sämtliche bei seiner Verwaltung
befindlichen Judennegative nicht gekennzeichnet seien
und bittet deshalb um genaue Angabe des seinerzeitigen
Vorgangs und der Buch-Nummern der Negative, anderfalls
es ihm nicht möglich sei, die von der Ausstellungs-
stelle Litzmannstadt zur Verfügung gestellten Negative heraus-
suchen zu lassen.

Sollte sich der Vorgang und die Buch-Nrn. in Litzmann-
stadt nicht mehr auffinden lassen, so schlägt
H-Stubel. Richmann vor, einen Angehörigen des

942



Трактор

A k t e n n o t i z .

Betr.: 95 Judenegative der Aussenstelle Litzmannstadt -
Bezug: Rücksprache mit SS-Stubaf. Eichmann vom
Reichssicherheitshauptamt vom 14. 4. 1942.

Mit SS-Stubaf. Eichmann wurde wegen der seinerzeit dem Reichssicherheitshauptamt zur ^{Befugnis} Verwaltung überlassenen 95 Judenegative der Aussenstelle Litzmannstadt Rücksprache genommen und entsprechende Nachforschungen nach deren Verbleib erhoben. SS-Stubaf. Eichmann äusserte sich, es könne wohl möglich sein, dass diese Judenegative sich noch bei seiner Verwaltung befänden, wenn diese seinerzeit für eine beabsichtigte Ausstellung - die aber durch Bombenschäden und dergl. bis heute noch nicht zustande gekommen sei - vorgesehen gewesen waren. SS-Stubaf. Eichmann ist selbstverständlich bereit, diese Negative dem RuS-Hauptamt-SS wieder auszuhändigen, verweist jedoch darauf, dass sämtliche Negative nicht gezeichnet seien und dass sich noch mehrere 100 Judenegative bei seiner Verwaltung befänden. Er bittet das RuS-Hauptamt-SS Nachforschungen nach dem seinerzeitigen Vorgang und der Buch-Nr. der Negative anzustellen, um die von der Aussenstelle Litzmannstadt zur Verfügung gestellten Negative aus den anderen, bei ihm befindlichen, herausfinden zu können.

Sollte diese Nachforschung ohne Erfolg bleiben, so bliebe nichts anderes übrig, als dass vom RuS-Hauptamt-SS die Negative der Aussenstelle Litzmannstadt aus den anderen ausgesondert würden, durch einen Angehörigen des RuS-Hauptamts-SS, dem diese Negative genau bekannt sein müssten.

Berlin, am 15. April 1942.

An Aufnahmestelle schreiben!

15. 4.

Wichmann
SS-Strm.

943



Грасул

2100-13
8

Der Chef
des Rasse- und Siedlungshauptamtes-
Rassenamt HU/O.

Berlin SW 68, d. 11. 4. 1942
Hedemannstr. 24

geb Jim gausbildrev ni SWE eib dorob gauslehoefn3

Betrifft Bericht über Umsiedler fremder Volkszugehörigkeit

Bezug: Ohne

sej gausessah Anlage - 4 Berichte -
v-jmaej gausessah mi

An die

Einwandererzentralstelle
L i t z m a n n s t a d t

In der Anlage werden vier dem Rasse- und Siedlungshauptamt- vom Reichssicherheitshauptamt zugeleitete Berichte über zwei Umsiedlerehepaare fremder Volkszugehörigkeit überreicht.

Bei Bearbeitung der Vorgänge erwachsen dem Reichssicherheitshauptamt Bedenken hinsichtlich der Beurteilung der Ehefrauen Marie Rybak und Romana Kreschtofowicz, weshalb eine entsprechende Nachprüfung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt- veranlasst wurde. Die erneute Überprüfung der beiden Ehefrauen bedingte eine Abänderung ihrer Gesamturteile in III. In beiden Fällen gehören die Ehemänner im Gesamturteil zur Wertungsgruppe II, während ihre Ehefrauen auf Grund der Nachuntersuchung in die Wertungsgruppe III verbracht werden mussten.

Der Vorschlag des Leiters der Staatsangehörigkeitsstelle, sowie die Stellungnahme des Leiters der Einwandererzentralstelle sahen seinerzeit auf Grund der ersten Überprüfung ein Verbleiben der beiden Ehepaare in der Umsiedlungsaktion als erwünscht an, da die Abänderung der Gesamturteile der beiden Ehefrauen damals noch nicht vorlag.

Nach Abänderung der Gesamturteile der beiden Ehefrauen in III erscheint eine erneute Prüfung der Frage notwendig ob ein Verbleiben der beiden Ehepaare in der Umsiedlungsaktion als erwünscht bezeichnet werden kann.

Nach Rücksprache mit dem Reichssicherheitshauptamt werden beide Vorgänge der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt überreicht, zur entsprechenden erneuten

./.

945



Berlin SW 68, d. 11. 4. 1942
Hedemannstr. 24

Der Chef
des Rasse- und Verbindungsausschusses
Rassenamt NWV.

Entscheidung durch die ZNW in Verbindung mit der
RuS-Aussenstelle Litzmannstadt.

Der Chef des Rassenamtes
im Rassenamt NWV.
Berichte -

Standartenführer
Litzmannstadt

In der Anlage werden vier dem Rasse- und Verbindungsausschuss
auf dem Reichsausschuss für Rassenwesen zugeleitete Berichte
über zwei Umsiedlungsaktionen fremder Volkszugehörigkeit
überreicht.
Bei Bearbeitung der Vorgänge erwiesen dem Reichsausschuss
Beitragssachverständigen hinsichtlich der Beurteilung der
Ehefrauen Marie Rybak und Romana Kraschotowa, weshalb
eine entsprechende Nachprüfung durch das Rasse- und
Verbindungsausschuss veranlasst wurde. Die erneute Über-
prüfung der beiden Ehefrauen bedurfte eine Abänderung
ihrer Gesamturteile in III. In beiden Fällen gehören
die Ehefrauen im Gesamturteil zur Wertungsgruppe II.
Während ihre Ehefrauen auf Grund der Nachuntersuchung in
die Wertungsgruppe III versetzt werden mussten.
Der Vorschlag des Leiters der Staatsangehörigkeitsstelle,
sowie die Stellungnahme des Leiters der Einwanderungs-
stelle sehen sich auf Grund der ersten Über-
prüfung ein Verbleiben der beiden Ehepaare in der Um-
siedlungsaktion als erwünscht an. Da die Abänderung der
Gesamturteile der beiden Ehefrauen damals nach nicht vor-
lag.

Nach Abänderung der Gesamturteile der beiden Ehefrauen
in III erscheint eine erneute Prüfung der Frage notwendig
ob ein Verbleiben der beiden Ehepaare in der Umsiedlungs-
aktion als erwünscht bezeichnet werden kann.
Nach Rücksprache mit dem Reichsausschuss für Rassenwesen
werden beide Vorgänge der Einwanderungsstelle mit-
geteilt, zur entsprechenden erneuten

948



Кришч -